

Nº 215 • Oktober 2024

Inhalt

Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Gedenkstättenreferat
Niederkirchner Straße 8
10963 Berlin

Redaktion: Dr. Julana Bredtmann
bredtmann@topographie.de

Lektorat: Helen Bauerfeind
Druck: Druckteam Berlin
Gestaltung: Christine Kitta

Titelbild:
Die Kurator:innen der Intervention
werden in der Ausstellung »Sinti
und Roma im Konzentrationslager
Sachsenhausen« vorgestellt.

© Gedenkstätte Sachsenhausen

www.topographie.de
www.gedenkstaettenforum.de

gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



- 3 **Editorial**

- 4 **»Wir intervenieren!«**
Ein partizipatives Interventionsprojekt in der Ausstellung
»Sinti und Roma im Konzentrationslager Sachsenhausen«
Katja Anders

- 14 **Gestern – heute – morgen.**
Antiziganismus und die Arbeit der Gedenkstätten
Tobias Borcke

- 18 **Karya 1943**
Zwangsarbeit und Holocaust. Eine Wanderausstellung
Iason Chandrinos • Iris Hax • Roland Borchers

- 26 **»Inklusion heißt – meine Zeit stimmt!«**
Freundlich-kritische Nachbetrachtung zum Pilotprojekt
»Erinnern – inklusiv« zur Förderung von barrierefreien
Gedenkstättenfahrten
Constanze Stoll

- 40 **»Nie wieder! Nie wieder was?«**
Antisemitismus- und rassismuskritische Ansätze
in der Gedenkstättenpädagogik.
Bericht über das 68. Gedenkstättenseminar
Matthias Haß

Gut zu wissen

- 50 Dauerausstellungen
- 54 Sonderausstellungen
- 58 Bildungs- und Forschungsportale
- 60 Karten und Stadtpläne



Liebe Leser:innen,

In diesem Sommer jährte sich die Ermordung der letzten noch lebenden Sinti:zze und Roma:ja im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zum 80. Mal.

Der internationale Gedenktag am 2. August bot Anlass in dieser Ausgabe zwei Beiträge aufzunehmen, die sich mit der Geschichte des Genozids an den Sinti:zze und Roma:ja und ihrer Bedeutung in der Gedenkstättenarbeit befassen: In dem Beitrag »**Wir intervenieren!**« berichten Katja Anders und weitere Beteiligte über ein partizipatives Interventionsprojekt in der Ausstellung »Sinti und Roma im Konzentrationslager Sachsenhausen«. Eine Fotografie des vielstimmigen Projekts prägt das Cover. In dem Beitrag »**Gestern – heute – morgen**« befasst sich Tobias Borcke mit dem Thema Antiziganismus und skizziert Empfehlungen des wichtigen Berichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus »Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation«.

Der Rundbrief Nr. 215 enthält Artikel, darunter eine Vorstellung der kürzlich eröffneten Ausstellung »**Karya 1943**« des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit, eine Reflexion über das abgeschlossene Pilotprojekt zu barrierefreien Gedenkstättenfahrten sowie einen Tagungsbericht über das 68. Gedenkstättenseminar, das im Juni 2024 zum Thema »**Nie wieder! Nie wieder was?**« Antisemitismus- und rassismuskritische Ansätze in der Gedenkstättenpädagogik« in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz stattfand.

Mit bestem Dank an die Autor:innen
und herbstlichen Grüßen!

Julana Bredtmann

Katja Anders

»Wir intervenieren!«

Ein partizipatives Interventionsprojekt
in der Ausstellung »Sinti und Roma
im Konzentrationslager Sachsenhausen«

Mit »Wir intervenieren! Kritische Perspektiven auf die Ausstellung »Sinti und Roma im KZ Sachsenhausen« bringen Expert:innen zum Thema Antiziganismus rassistiskritische Positionen in die Ausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen ein.¹ Das Projekt ist eine Kooperation der Gedenkstätte und des Bildungsforums gegen Antiziganismus, das zum Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma gehört. Es wurde von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung sowie im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Ausgangspunkt von »Wir intervenieren!« waren Überlegungen, wie sich die Gedenkstätte Sachsenhausen stärker für verschiedene Perspektiven öffnen und zukünftig mehr Menschen ermöglichen kann, die Erinnerung an die Geschichte des Ortes zu gestalten. Das Projekt versteht sich als experimenteller Pilot, der auszuloten versucht, wie eine kuratorische Praxis aussehen könnte, in der Gedenkstätten-Mitarbeiter:innen und zivilgesellschaftliche

Akteur:innen, Expert:innen und Interessierte gemeinsam Ausstellungen erarbeiten und inwiefern dadurch Diversität und Inklusion gefördert werden können.

»Gedenken ist nichts Statisches und somit nie »abgeschlossen«. Vielmehr sind Erinnerungsarbeit und die damit verbundene Produktion und Vermittlung von Wissen Prozesse und stets im Wandel. Die kritische Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit wie Gegenwart ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vom Dialog lebt. Hierbei müssen sich alle einbringen, um demokratische Teilhabe im Sinne aller zu ermöglichen.«

Jakob Mirwald, Netzwerk Sinti Roma Kirchen/
Evangelische Akademie zu Berlin/Landesrat Deutscher Sinti
und Roma Berlin-Brandenburg e.V.



Die Ausstellung von 2004
vor der Intervention.

© Gedenkstätte Sachsenhausen

Die Ausstellung »Sinti und Roma im KZ Sachsenhausen« wurde 2004 eröffnet und war damals die erste Ausstellung in einer KZ-Gedenkstätte, die den NS-Völkermord an den Sinti* und Roma* ausführlich thematisierte.² Bis heute ist sie in einer ehemaligen Krankenrevierbaracke im Rahmen einer größeren Ausstellung zum Thema »Medizin und Verbrechen« zu sehen. Zentrales Ziel war damals, den Besuchenden den rassistischen Charakter der Verfolgung von Sinti* und Roma* deutlich zu machen. Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt daher auf der rassistischen Erfassung und Begutachtung von Menschen durch die Kriminalpolizei und die so genannte »Rassenhygienische und kriminalbiologische Forschungsstelle« (RHF). In diesem Zusammenhang werden wirkmächtige Exponate wie Gesichtsabdrücke und erkennungsdienstliche Fotografien präsentiert, die Teil der nationalsozialistischen Verfolgungspraktiken waren. Auf engem Raum werden zudem zahlreiche Biografien von verfolgten Roma* und Sinti* vorgestellt.

Die Ausstellung entstand damals in enger Abstimmung mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. 20 Jahre später wollten die

Gedenkstätte Sachsenhausen und das Bildungsforum gegen Antiziganismus einen angemessenen kuratorischen Umgang mit problematischen Exponaten diskutieren. Diese Überlegungen entstanden auch vor dem Hintergrund zahlreicher museumsdidaktischer und öffentlicher Auseinandersetzungen über einen kritischen Umgang mit rassistischen Ideologien, Bildern, Objekten und Sprachen.³

Die Perspektiven von Expert:innen, die zu historischem und gegenwärtigem Antiziganismus arbeiten, insbesondere aus den Communities der Sinti* und Roma* selbst, erschienen dabei besonders wichtig und wertvoll: Wie wirkt die Ausstellung auf Menschen, die heute von rassistischer Diskriminierung betroffen sind? Welche Inhalte und Exponate empfinden sie als problematisch und welchen Umgang wünschen sie sich damit?

In dem Projekt veranstalteten die Gedenkstätte Sachsenhausen und das Bildungsforum gegen Antiziganismus zwischen September 2023 und Februar 2024 mehrere Workshops vor Ort und online. Das elfköpfige Kurator:innen-Team setzte sich aus Angehörigen der Communities der Sinti* und Roma* sowie der Mehrheitsgesellschaft zusammen, die sich in den Bereichen politische und historische Bildung, Aktivismus, Wissenschaft/Forschung und in Gedenkstätten gegen Antiziganismus engagieren.

Insbesondere die teilnehmenden Sinti* und Roma* äußerten zunächst Misstrauen gegenüber dem Projekt. Sie befürchteten, dass ihren Stimmen zum Beispiel bei Meinungsverschiedenheiten nur wenig Raum gegeben würde oder dass sie von den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft überstimmt werden würden. Gegenseitiges Vertrauen aufzubauen war daher eine wichtige Aufgabe in dem Prozess.



Die Kurator:innen der Intervention werden in der Ausstellung vorgestellt.

© Gedenkstätte Sachsenhausen



Projektarbeit in den Workshops in der Gedenkstätte Sachsenhausen.

© Gedenkstätte Sachsenhausen



»Früher wurden oft Ausstellungen ohne uns Angehörige initiiert. Wenn wir eine Begegnung auf Augenhöhe, wenn wir Vertrauen aufbauen wollen und wenn man von Partizipation spricht, dann geht das nicht mehr ohne uns.«

____ Margitta Steinbach, Menda Yek e.V.

»Ich finde es super wichtig, die Diversität der Community darzustellen. Unterschiedliche Eigenperspektiven, die oft übersehen werden, in der Ausstellung sichtbar werden zu lassen, kritische Einwände und Erleben als Nachfahrin mit einbringen zu können – das waren meine Gründe, am Projekt teilzunehmen.«

____ Sonja Kosche, Aktivistin und Nachfahrin

»Ich fand es sehr, sehr toll, diese Erfahrung gemacht zu haben. Es wird gewährleistet, dass unsere Deutungshoheit mit einfließt in diese Ausstellung. Auch Sinti wie ich, die sehr weit weg wohnen, hatten die Chance, teilzunehmen.«

____ Franz-Elias Schneck, Studierendenverband der Sinti und Roma in Deutschland

»Mit veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen und durch das Mitwirken von Betroffenen verändert sich das Erinnern auch in dieser Ausstellung. Die Frage, welche Funktion Antiziganismus heute hat, ist wesentlich für mich.«

____ Lukas Engelmeier, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten / Kompetenzstelle gegen Antiziganismus)

In den Workshops beschäftigten sich die Kurator:innen intensiv mit der Ausstellung. Sie identifizierten sehr schnell problematische Exponate und Texte und benannten inhaltliche Leerstellen. Zunächst schien es fraglich, wie innerhalb der kurzen Projektlaufzeit eine Intervention entwickelt werden könnte, die der Vielzahl der Änderungswünsche gerecht würde. Gemeinsam mit der Gestalterin Susanne Quehenberger definierten die Kurator:innen passende Formate, um die Ausstellung zu kommentieren, zu erweitern und in Teilen zu verändern. In einem sehr intensiven Arbeitsprozess schrieb das Ausstellungsteam ergänzende Texte und Kommentare und nahm zusätzliche Recherchen vor.

Die Intervention, die die Kurator:innen in verschiedenen Arbeitsgruppen (AG) entwickelten, konzentriert sich auf drei wesentliche Aspekte:

AG 1: Der Umgang mit rassistischer Sprache, die die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti* und Roma* prägt, schien den Teilnehmenden in der Ausstellung nicht ausreichend reflektiert. Um darauf aufmerksam zu machen, überklebten sie besonders problematische Begriffe in den Ausstellungstexten. Zudem fügten sie einen längeren Kommentar ein, der Antiziganismus als spezifische Form des Rassismus und historisch gewachsenes Gewaltverhältnis erläutert und kontextualisiert.

»Die Intervention wurde von verschiedenen Teilnehmenden erarbeitet, aus unterschiedlichen Forschungsrichtungen und mit unterschiedlichen Überzeugungen. Meine Perspektive war es, die eigene Familie zu vertreten oder die ganze Community an sich. Das Interessante war dann, einen Konsens zu finden, dass wir uns einigen, wie wir diese Intervention in die Wege leiten. Es gab viele Gespräche miteinander, um einen gemeinsamen Nenner zu finden. Man konnte aushandeln, Kompromisse finden. Nun gibt es eine Multiperspektivität in der Ausstellung. Es ist nicht so, wie es eine Person wollte, sondern wie wir alle gesagt haben: »So kann man das machen.««

____ Franz-Elias Schneck, Studierendenverband der Sinti und Roma in Deutschland

»Ich engagiere mich in der Gedenkarbeit und habe gemerkt, dass es noch viel Rassismus auch an den Gedenkorten gibt. Dass es immer noch rassistische Begriffe gibt, die nicht richtig eingeordnet werden. Dass die Bilder der Nazis verbreitet werden, ohne dass sie in den richtigen Kontext gerückt werden. Dass nicht gesagt wird, dass das die Bilder der Nazis sind und nicht unsere. Wir haben deshalb zum Beispiel auch dafür gesorgt, dass das Olympia-Propaganda-Plakat in der Ausstellung abgeklebt wird. Genauso, wie wir den Begriff »Gypsies« abgeklebt haben und auch die rassistische Fremdbezeichnung – wo es nicht nötig ist, sie zu reproduzieren und wo es uns einfach total triggert. Jedes Mal erinnert sie uns wieder daran, wie wir entmenslicht wurden.«

____ Sonja Kosche, Aktivistin und Nachfahrin

AG 2: Mitarbeiter:innen der Kriminalpolizei und der »Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle« fertigten im Rahmen ihrer gewaltvollen Erfassungen und »Untersuchungen« Fotos und Gesichtsabdrücke von Sinti* und Roma* aus Berlin und Ostpreußen an. Sie entmenslichten Sinti* und Roma*, indem sie sie zu ihren Forschungsobjekten machten und einer erfundenen »Rasse« zuordneten. Die »Untersuchungen« fanden in einer demütigenden Atmosphäre statt.

Die Teilnehmenden wünschten sich deshalb einen deutlich sensibleren Umgang mit diesen Exponaten, der die Würde der Abgebildeten und ihrer Angehörigen wahrt und den Blick der Täter:innen stärker bricht. An diesem Punkt diskutierte die Gruppe das immer wieder aufkommende Spannungsverhältnis historisch-politischer Bildungsarbeit: einerseits gab es den Anspruch, die Objekte als Zeugnisse der rassistischen Verfolgung zu zeigen, andererseits aber eine Reproduktion des ihnen innenwohnenden Antiziganismus und eine erneute Entwürdigung der Opfer zu vermeiden.

Die AG entschied sich dafür, die Mehrzahl der als besonders sensibel eingeschätzten Gesichtsabdrücke zu verdecken. Einige wenige Abdrücke sind in einem durch einen Raumteiler neu geschaffenen geschützten Raum weiterhin zu sehen. Eine Triggerwarnung in Form eines kurzen einführenden Textes soll verhindern, dass Besuchende und insbesondere Angehörige unfreiwillig auf die emotional herausfordernden Exponate stoßen. Darüber hinaus wollen die Kurator*innen damit zu einer bewussteren Begegnung mit den Objekten und ihrer gewalttätigen Geschichte anregen. Zusätzliche Informationen verweisen auf die Überlieferungsgeschichte der Abdrücke, die Anfang der 2000er-Jahre in der Osteologischen Sammlung der Universität Tübingen aufgefunden wurden. Die »Rasseforscherin« Sophie Ehrhardt war dort von 1942 bis 1968 tätig gewesen.

Darüber hinaus sucht die AG fortlaufend nach Angehörigen derjenigen Personen, von denen die ausgestellten Abdrücke abgenommen wurden. Ziel ist es, alle Angehörigen ausfindig zu machen, um ihnen die Entscheidungshoheit darüber zu geben, ob und auf welche Weise die Gesichtsabdrücke in der Ausstellung gezeigt werden sollen.



Interventionen zu
Täter:innen-Fotografien.

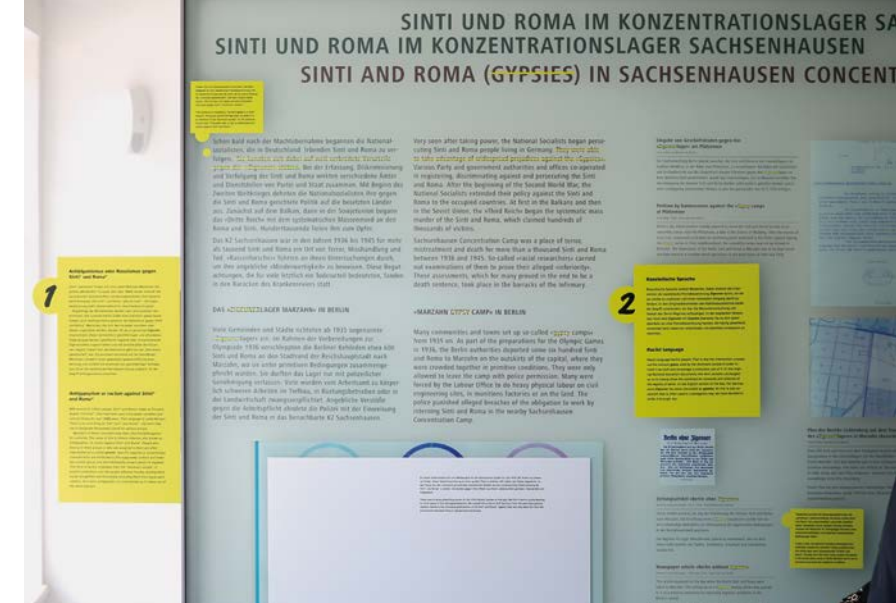
© Gedenkstätte Sachsenhausen

»Es ist mir als Sintizza vom Sinti-Verein Menda Yek e.V. besonders wichtig, unsere kulturelle Verantwortung für unsere verstorbenen und lebenden Angehörigen zu gewährleisten. Es ist uns ein Anliegen, wie man mit unseren Familienangehörigen in KZ-Gedenkstätten umgeht, wie man sie darstellt, gerade auch mit Biografien oder mit Fotos. Das ist für uns immer sehr schwierig, weil es uns immer wieder traumatisiert und wir damit nicht umgehen können. Weil nie jemand gefragt hat, wie wir emotional damit umgehen. Nicht-Sinti schreiben über uns, nehmen Bilder, die wir selbst nicht kennen, ohne uns die Möglichkeit zu geben, mitzusprechen. Es ist nun der Zeitpunkt gekommen, nicht mehr ohne uns über uns zu sprechen, damit sich Sinti nicht ausgeschlossen und ausgegrenzt fühlen.«

Margitta Steinbach, Menda Yek e.V.

»Mir ist es wichtig, dass es in Ausstellungen einen sorgsam und verantwortungsvollen Umgang mit visuellem Material gibt, das in Gewaltsituationen entstanden ist und die Abgebildeten in einer Weise zeigt, die sie sich selbst nicht ausgesucht haben. Die Perspektiven von Nachkommen müssen dabei meiner Ansicht nach unbedingt berücksichtigt werden.«

Mareike Otters, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen



Interventionen in den
Texten der Ausstellung und
zusätzliche Informationen
zum Thema Antiziganismus.

© Gedenkstätte Sachsenhausen

Trigger-Warnung
und Raumteiler als Form
des Umgangs mit
rassistischen Exponaten
(Gesichtsabdrücken).

© Gedenkstätte Sachsenhausen



AG3: Ein großes Anliegen der Kurator:innen war es zudem, die Kontinuitäten des Antiziganismus nach 1945 als Thema in die Ausstellung zu bringen. Überlebende und Angehörige hatten lange dafür kämpfen müssen, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft die Verbrechen im Nationalsozialismus anerkennt und angemessen daran erinnert. In diesem Zusammenhang war der AG sehr wichtig, die Verdienste der Bürger:innenrechtsbewegung der Sinti* und Roma* zu würdigen, ohne deren Arbeit die Ausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen nicht möglich gewesen wäre.

Um den Besuchenden dies bewusst zu machen, fügten die Kurator:innen zusätzliche Bild-Text-Tafeln im Eingangsbereich der Ausstellung ein, welche die generationenübergreifenden Auswirkungen der nationalsozialistischen Verfolgung auf viele Lebensbereiche der betroffenen Familien bis in die Gegenwart thematisieren. So beschreiben Zitate von Überlebenden ihre prekäre Situation nach dem Krieg. Außerdem ergänzte das Ausstellungsteam Informationen über Täter:innen, die ihre beruflichen Laufbahnen nach Kriegsende ohne Einschränkungen und Strafverfolgung fortführen konnten.

»Nach der NS-Zeit geschah die zweite Verfolgung deutscher Sinti* und Roma*. Die historische Aufarbeitung der Zweiten Verfolgung wurde erst Ende 2023 vom Bundestag beschlossen. Viele wissen um den langen Weg der Sinti* und Roma* zur Anerkennung der eigenen Diaspora gar nicht, und ohne jene gäbe es die Ausstellung hier nicht.«

Sevin Begovic, Bildungsforum gegen Antiziganismus

»Ein großes Augenmerk haben wir auf den Rassismus nach 1945 gelegt und auf die Kämpfe, die heute geführt werden. Uns war wichtig aufzuzeigen, dass Rom:nja in ganz Europa nach wie vor große Schwierigkeiten haben, die ganz klar auf den Holocaust zurückzuführen sind.«

Sonja Kosche, Aktivistin und Nachfahrin

Zusätzliche Ausstellungstafeln zur Bürger:innen-Rechtsbewegung und Kontinuitäten der Verfolgung nach 1945 im Eingangsbereich der Gedenkstätte sowie ergänzte Zitate von Überlebenden.

© Gedenkstätte Sachsenhausen



»Wenn man heute Ausstellungen macht, ist es wichtig, die Geschichte der Gedenkstätte selbst zu berücksichtigen. Die Kontinuitäten des Antiziganismus sollten thematisiert werden, einerseits was die Vorgeschichte des Nationalsozialismus betrifft, aber andererseits auch, was danach passiert ist. Ich denke dabei auch an gesellschaftliche Brüche, Veränderungen und Erfolge von Aktivismus. Bergen Belsen war beispielsweise eine wichtige Station der Bürgerrechtsbewegung. Diese Herausforderung anzunehmen ist lohnenswert. So kann Gedenkstätten-geschichte in zukünftigen Ausstellungen angemessen berücksichtigt werden.«

Lukas Engelmeier, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten





Eröffnung der Intervention
am 18. April 2024.

© Gedenkstätte Sachsenhausen

Anlässlich des 79. Jahrestages der Befreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen eröffneten die Kooperationspartner und Kurator*innen die Intervention am 18. April 2024 mit einer Podiumsdiskussion, einem kurzen Film und einem Rundgang durch die überarbeitete Ausstellung.⁴ Seitdem können sich Interessierte die Intervention im Rahmen der regulären Öffnungszeiten der Gedenkstätte ansehen. Mit Führungen durch die Ausstellung, Workshops – unter anderem für Gedenkstätten-Mitarbeiter:innen – sowie Angeboten für Roma* und Sinti* soll zukünftig ein breiter Kreis Interessierter angesprochen werden. Die Teilnehmenden erhoffen sich, dass die Intervention dazu anregt, Ausstellungsprojekte in Zukunft häufiger partizipativ zu gestalten.



»Ich hoffe, dass die Ausstellung durch die Interventionen mehr Besuchende anlockt und für das Thema interessiert.«

Kai Müller, Historiker

»Die Teilnahme an der Intervention empfand ich als sehr bereichernd. Vor allem in den Gesprächen mit Menschen aus den Communities der Sinti* und Roma* konnte ich meine eigene Position und Praxis als historisch-politischer Bildner immer wieder kritisch hinterfragen. Einen demokratischen Mehrwert des Projekts sehe ich zudem darin, dass sich Gedenkstätten nach außen öffnen und zum Mitdenken, Mitmachen und Verändern einladen.«

Daniel Tonn, Bildungsforum gegen Antiziganismus

»Ich würde mir wünschen, dass Sinti, Roma und Jenische in die Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten mehr inkludiert werden. Es ist nicht nur wichtig, den Toten von uns zu gedenken, sondern auch unsere lebenden Menschen zu respektieren. Antiziganismus sollte im 21. Jahrhundert eigentlich keinen Platz mehr haben, egal ob in Deutschland oder in anderen Ländern.«

Franz-Elias Schneck, Studierendenverband der Sinti und Roma in Deutschland



Katja Anders ist Erziehungswissenschaftlerin (MA) und Mitarbeiterin der Bildungsabteilung der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Als Projektleitende, Kurator:innen und Gestaltende waren an der Intervention außerdem beteiligt: Mareike Otters, Daniel Tonn, Vincent Schmidt, Sevin Begovic, Lukas Engelmeier, Sonja Kosche, Jakob Mirwald, Kai Müller, Franz-Elias Schneck, Margitta Steinbach und Susanne Quehenberger

- 1 Informationen zum Projekt auf den Websites der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen und des Bildungsforums gegen Antiziganismus: www.sachsenhausen-sbg.de/ausstellungen/dauerausstellungen/wir-intervenieren-kritische-perspektiven-auf-die-ausstellung-sinti-und-roma-im-kz-sachsenhausen/; <https://gegen-antiziganismus.de/bildungsangebote/publikationen/filme-und-videos/>.
- 2 Vgl. Silvio Peritore: *Geteilte Verantwortung? Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma in der deutschen Erinnerungspolitik und in Ausstellungen zum Holocaust*, Dissertation 2012, S. 193ff.
- 3 Vgl. Felicitas Heimann-Jelinek: *Kuratorische Überforderung? Zum Ausstellen von Zeugnissen des Holocaust. Sensible Dinge in Museen und universitären Sammlungen*, in: Anna-Maria Brandstetter/Vera Hierholzer (Hg.): *Nicht nur Raubkunst! Sensible Dinge in Museen und universitären Sammlungen*, Göttingen 2018, S. 247–256, unter: www.vr-elibrary.de/doi/pdf/10.14220/9783737008082 [29. August 2024]; Maren Jung-Diestelmeier/Sylvia Necker/Susanne Wernsing: *Antisemitische und rassistische Objekte und Bilder in Ausstellungen? Ein Gespräch über erprobte Strategien und offene Fragen*, in: Stefanie Schüler-Springorum (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 29 (2020), S. 26–53, hier S. 29, unter: <https://depositonce.tu-berlin.de/handle/11303/16803> [29. August 2024]; Mareike Otters: *Der Versuch, den Menschen aus dem Foto zu befreien. Fotografische Zwangsbildnisse in Ausstellungen von KZ-Gedenkstätten*, in: *Visual History*, 17. Oktober 2022, unter: <https://visual-history.de/2022/10/17/otters-der-versuch-den-menschen-aus-dem-foto-zu-befreien/> [29. August 2024].
- 4 Online verfügbar ist die ca. 20-minütige Dokumentation »Unser Projekt im KZ Sachsenhausen« unter: www.youtube.com/watch?v=Kzly9GgAMHl [19. Juli 2024] von Franz-Elias Schneck sowie ein ca. dreiminütiger Kurzfilm der Veranstalter*innen unter: www.youtube.com/watch?v=V5LCIWqjYv8 [29. August 2024].

Gestern – heute – morgen

Antiziganismus und die Arbeit der Gedenkstätten

Unter dem Titel »Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation« veröffentlichte die Unabhängige Kommission Antiziganismus (UKA) 2021 ihren Abschlussbericht, die bisher wohl umfassendste Publikation zum spezifischen Rassismus gegen Sinti* und Roma* in Deutschland.¹ Der vorliegende Beitrag soll auf die Bedeutung des Berichts der UKA für die Gedenkstättenarbeit hinweisen und zur Auseinandersetzung mit den Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen der Kommission ermutigen.

Der umfangreiche Bericht enthält sechs zentrale Forderungen und eine Vielzahl an Handlungsempfehlungen zu unterschiedlichen Bereichen, etwa zur Aufarbeitung der langen Geschichte des Antiziganismus und des NS-Völkermordes, zu Anerkennung und Entschädigung, zum Ausbau von Partizipationsstrukturen und zur Unterstützung von Selbstorganisationen, zum Ausbau von Diskriminierungs- und Minderheitenschutz oder zu Initiativen gegen Hate Speech in Sozialen Medien. Einige zentrale Forderungen der UKA wurden in der Zwischenzeit umgesetzt, genannt seien hier die Berufung eines Beauftragten gegen

Antiziganismus auf Bundesebene im März 2022 und der Entschluss zur Einrichtung einer ständigen Bund-Länder-Kommission im Juni 2024. Dass das Thema zumindest in Teilen der Politik angekommen ist, zeigt auch ein Beschluss des Bundestages vom Dezember 2023, der nach einer Debatte zum Bericht der UKA gefasst wurde. Neben der Forderung nach einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Antiziganismus in Sicherheitsbehörden hat der Bundestag die Bundesregierung zur Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung des Unrechts an Sinti* und Roma* nach 1945 aufgefordert und sich damit eine der bisher offen gebliebenen Forderungen der UKA zu eigen gemacht.²

Auch wenn einige politische Erfolge zu verzeichnen sind, finden andere Anliegen der UKA wenig Resonanz. So scheint die Anerkennung geflüchteter Roma* als besonders schutzwürdige Gruppe vor dem Hintergrund der fortwährenden Verschärfungen in Sachen Migration geradezu utopisch. Abschiebungen von Roma* in die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens oder nach Moldawien sind ebenso an der Tagesordnung wie Hetze und Verleumdungen gegenüber geflüchteten Roma* aus der Ukraine.

Der Bericht der UKA scheint außerhalb einschlägig interessierter Kreise nur wenig rezipiert zu werden, was auch daran liegen mag, dass er mit über 500 Druckseiten recht sperrig ausgefallen ist. Das Dokument enthält allerdings wichtige Impulse für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche, die dank des detaillierten Inhaltsverzeichnisses leicht auffindbar sind.

Gedenkstätten und Antiziganismuskritik

Für die Praxis der Gedenkstätten ist neben den Ausführungen zur Verfolgung und Ermordung von Sinti* und Roma* im Nationalsozialismus vor allem das Kapitel 16 relevant. Der Abschnitt »Gedenkstätten – Orte antiziganismuskritischer Bildungsarbeit?« befasst sich mit Empfehlungen und Anregungen insbesondere zur pädagogischen Arbeit der Gedenkstätten. Die Hauptgrundlage für die Ausführungen stellt eine von Steffen Jost im Auftrag der UKA erstellte Expertise dar, die auch separat publiziert wurde.³

Jost stellt fest, dass sich die Gedenkstätten seit den 1990er-Jahren regelmäßig mit der Verfolgung der Sinti* und Roma* im Nationalsozialismus beschäftigen und dieses Thema in Forschungsprojekten, Publikationen, Ausstellungen und Bildungsangeboten aufgreifen. Dabei werden Organisationen und Verbände der Communities einbezogen, die auch in Beiräten vertreten sind.

Die Beschäftigung der Gedenkstätten mit dem Thema geht auf Impulse der Bürgerrechtsbewegung der Sinti* und Roma*, also der Communities selbst, zurück. Die Protagonist*innen dieser Bewegung haben unter anderem die Orte ehemaliger Konzentrationslager zu Orten des Protests gemacht – prominente Beispiele sind die große Kundgebung »In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt« in Bergen-Belsen 1979 und der Hungerstreik in Dachau 1980. Auch im Rahmen von Protesten für ein Bleiberecht geflüchteter Roma* standen mehrfach Gedenkstätten im Fokus. Dass viele Gedenkstätten diesen Teil ihrer eigenen Geschichte in ihrer Bildungsarbeit aufgreifen und damit sowohl Kontinuitäten

nach 1945 als auch Kämpfe um Anerkennung und Teilhabe seitens der Communities sichtbar machen, ist aus Sicht der UKA zu begrüßen. Nötig sei aber darüber hinaus eine stärkere gezielte Auseinandersetzung mit Antiziganismus als eigenständigem Phänomen – dies stelle bisher die Ausnahme dar.

Handlungsbedarf in Ausstellungen, Bildung und Forschung

Auch wenn Sinti* und Roma* in der Arbeit von Gedenkstätten nicht mehr als »vergessene Opfer« bezeichnet werden können, gibt es Bereiche, in denen Gedenkstätten ihre Praxis auf Grundlage einer kritischen Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus überdenken sollten. So stellt die UKA fest, dass Ausstellungen durch die Wiedergabe von Täterquellen in Text und Bild immer wieder ungewollt antiziganistische Narrative und Sichtweisen reproduzieren. Insbesondere im Umgang mit Fotos und Material aus den Beständen der »Rassenhygienischen Forschungsstelle« (RHF) sei eine größere Sensibilität notwendig. Den rassistischen Charakter der auf totale Auslöschung zielenden Verfolgung auf Grundlage historischer Quellen deutlich herauszustellen, ohne dabei ebendiesen Rassismus zu reproduzieren, ist eine anspruchsvolle Aufgabe, der sich die Gedenkstätten bei der Gestaltung neuer Ausstellungen stellen müssen. Dabei könnte die von der UKA empfohlene Veröffentlichung einer Handreichung zu den Text- und Bildbeständen der RHF hilfreich sein.

Die fortwährende Reflexion bedarf auch einer Praxis der historisch-politischen Bildung, die zugleich antiziganismuskritisch ist. Hier empfiehlt die UKA den an Gedenkstätten Tätigen die Teilnahme an Fortbildungen von Selbstorganisationen und anderen Trägern, die sich gezielt gegen Antiziganismus engagieren. Ermutigt wird im Bericht auch eine Intensivierung des fachlichen Austauschs und der Vernetzung zwischen Gedenkstättenpädagog*innen, die sich schwerpunktmäßig der Vermittlung der Verfolgung und Ermordung von Sinti* und

Roma* im Nationalsozialismus widmen. Die Möglichkeit zu einem solchen Austausch bietet das Netzwerktreffen zur historisch-politischen Bildungsarbeit, das vom Bildungsforum gegen Antiziganismus des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma jährlich in Kooperation mit wechselnden Gedenkstätten ausgerichtet wird. Bezüglich der in der Studie von Jost festgestellten geringen Nachfrage nach Bildungsangeboten zur Verfolgung der Sinti* und Roma* fordert die UKA die Gedenkstätten auf, bestehende Angebote stärker publik zu machen und so die Resonanz zu steigern.

Auch in der Forschung besteht nach Einschätzung der UKA Handlungsbedarf. Über viele regionale Kontexte der Verfolgung sowie ihre Vor- und Nachgeschichte sei wenig bekannt. Zur Situation von Sinti* und Roma* als Gefangenengruppe in einzelnen Lagern und zu den Wegen der Deportationen gibt es laut Jost ebenfalls große Wissenslücken. Die UKA empfiehlt eine Intensivierung der Forschungsförderung zur Geschichte des Völkermordes und zur Zweiten Verfolgung nach 1945, wobei sie ausdrücklich auf die bisher nicht ausreichend dokumentierte europäische Dimension von Verfolgung und Massenmord hinweist.⁴

Gemeinsam für Partizipation

Großen Handlungsbedarf konstatiert die UKA bei der Einbeziehung von Sinti* und Roma* in die Arbeit der Gedenkstätten. So gebe es zwar immer wieder Kooperationsprojekte mit Selbstorganisationen etwa im pädagogischen Bereich und auch die Mitarbeit in unterschiedlichen Gremien und bei zentralen Gedenkveranstaltungen sei weitgehend gelungen. Eine kontinuierliche Mitgestaltung durch Sinti* und Roma* finde aber praktisch nicht statt. Das liege auch daran, dass es kaum Menschen aus den Communities gebe, die an Gedenkstätten tätig sind.

Die Frage der Einbeziehung betrifft auch den biografischen Fokus, der viele Publikationen, Ausstellungen und Bildungsangebote kennzeichnet. Für Besucher*innen von Gedenkstätten und Teilnehmende an Bildungsfor-

maten wird durch die Darstellung persönlicher Lebensgeschichten ein hohes an Maß an Anschaulichkeit hergestellt und mit der Betonung individueller Lebens- und Verfolgungswege kommt diesem Ansatz auch ein rassismuskritisches Potenzial zu.⁵ Vielen Sinti* und Roma* allerdings treten Forschende und Gedenkstätten als Teil der Dominanzgesellschaft entgegen. Angehörige der Communities mussten immer wieder die Erfahrung machen, dass Informationen zur Verfolgung ihrer Angehörigen ohne ausreichende Rücksprache veröffentlicht wurden. Die Veröffentlichung von Namen und insbesondere von Fotos der Verfolgten kann Wunden aufreißen und den gesellschaftlichen Ausschluss einmal mehr reproduzieren, auch wenn sie in bester Absicht geschah.

Für den Umgang mit dem historischen Material müssen neue ethische Grundsätze entwickelt werden, die den Schutz heute lebender Angehöriger der Verfolgten mitdenken. Das betrifft Forschende und Gedenkstätten ebenso wie Archive. Solche Grundsätze müssen im Dialog mit den Angehörigen der Communities entwickelt und kontinuierlich (selbst-)kritisch überprüft werden. Dabei reicht es nicht, das Gespräch mit den einschlägigen Facheinrichtungen zu suchen. Von Bedeutung sind auch lokale Akteur*innen aus den Communities und ganz besonders heute noch lebende Angehörige der Menschen, deren Verfolgungsgeschichte dokumentiert werden soll. Auf diese Aspekte weist insbesondere Margitta Steinbach vom Menda Yek e.V. immer wieder hin. Im Zweifelsfall kann es besser sein, Fotos nicht zu veröffentlichen und auf die Nennung von Klarnamen zu verzichten. Neben der Verantwortung für die Geschichte besteht hier eine Verantwortung für die Gegenwart. Wie es aussehen kann, sich in dieser Hinsicht auf den Weg zu machen, haben die Gedenkstätte Sachsenhausen und das Bildungsforum gegen Antiziganismus mit dem Projekt »Wir intervenieren!« auf eindrucksvolle Art und Weise gezeigt (siehe dazu den Text von Katja Anders in dieser Ausgabe).



Wir leben in einer Zeit, in der die extreme Rechte immer stärker wird. Die Bedrohung trifft neben Geflüchteten, zivilgesellschaftlich Engagierten und Lokalpolitiker*innen, Jüdinnen, Juden, Sinti* und Roma* und anderen Gruppen auch die Gedenkstätten. Das ist ein Grund mehr, bestehende Allianzen zu stärken und neue Kontakte zu knüpfen, um sich gemeinsam für ein gleichberechtigtes Zusammenleben und eine würdevolle Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen einzusetzen.

Tobias Borcke arbeitet als Referent beim Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland und war in den letzten Jahren in der historisch-politischen Bildungsarbeit unter anderem an der Gedenkstätte Sachsenhausen, im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors und dem Bildungsforum gegen Antiziganismus tätig.



- 1 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.): *Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus*, unter Mitarbeit der Koordinierungsstelle der Unabhängigen Kommission Antiziganismus beim Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin 2021, unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/UKA/Bericht_UKA_Perspektivwechsel_Nachholende_Gerechtigkeit_Partizipation.pdf.
- 2 Deutscher Bundestag: *Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat* (4. Ausschuss), Drucksache 20/9779, 13. Dezember 2023, unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/097/2009779.pdf>.
- 3 Steffen Jost: *Expertise zum Thema »Antiziganismus und Gedenkstätten« für die Unabhängige Kommission Antiziganismus*, unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/UKA/Expertise_zum_Thema_Antiziganismus_und_Gedenkstaetten.pdf.
- 4 In diesem Bereich leistet ein vom ehemaligen UKA-Mitglied Karola Fings geleitetes internationales Forschungsteam mit der Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa wichtige Grundlagenarbeit; unter: <https://encyclopaedia-gsr.eu/>.
- 5 Zum Ansatz des biografischen Lernens in diesem Kontext vgl. die einführenden Texte in der vom Bildungsforum gegen Antiziganismus zusammen mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand herausgegebenen Bildungsmaterial »Wir geben uns nicht in ihre Hände«, Berlin 2019, unter: https://gegen-antiziganismus.de/wp-content/uploads/2020/05/Bildungsmaterialien_zum_Widerstand_von_Sinti_und_Roma_2019.pdf.

Karya 1943. Zwangsarbeit und Holocaust

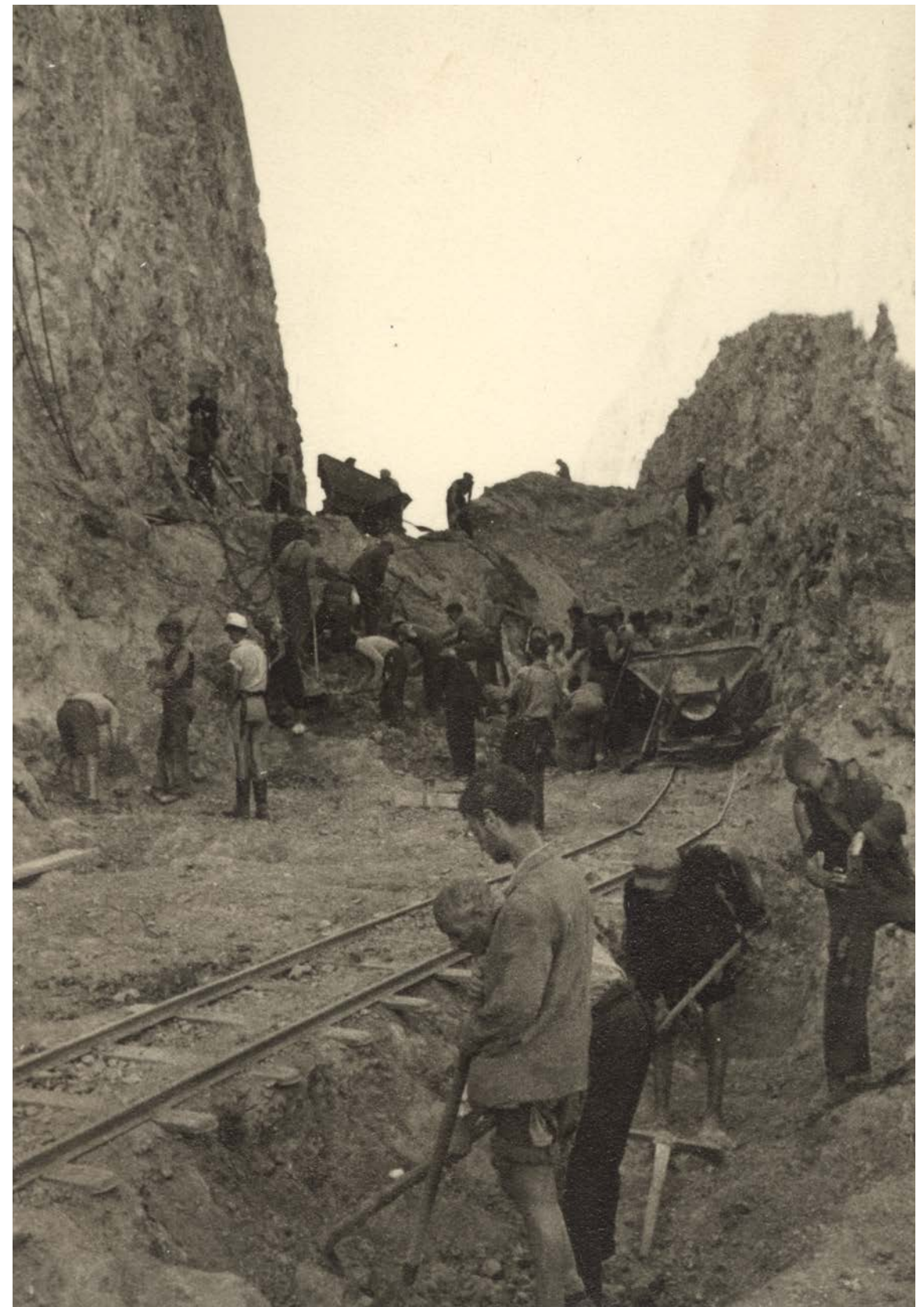
Eine Wanderausstellung

Als »Hölle auf Erden« beschrieb ein Überlebender nach dem Krieg die Arbeits- und Lebensbedingungen auf der Baustelle in Karya im besetzten Griechenland 1943. Karya war bis vor wenigen Jahren ein vollkommen unbekannter Ort, selbst unter Fachleuten. Dabei hat hier während der deutschen Besatzung in Griechenland ein grausames und zugleich bislang unbekanntes Massenverbrechen stattgefunden: die »Vernichtung durch Arbeit« von 300 bis 500 jüdischen Männern aus Thessaloniki. Dieses Verbrechen wäre vielleicht für immer unentdeckt geblieben, wenn der griechische Laienhistoriker Andreas Assael nicht 2002 auf einem Flohmarkt bei München auf eine deutsche Fotosammlung aus der Kriegszeit gestoßen wäre. Das Album besteht aus 21 losen Blättern und enthält mehr als 400 Fotografien aus dem besetzten Griechenland, darunter etwa 80 Fotografien von der Baustelle in Karya. Urheber des Albums ist der Bauingenieur Hanns Rössler (1905–1995) aus Nürnberg, der – wie sich aus den Fotos ergibt – bei verschiedenen Bauprojekten in Nord- und Mittelgriechenland tätig war.

Die Fotosammlung ist ein einzigartiges Dokument des Holocaust und der jüdischen Zwangsarbeit in Griechenland. Sie unterscheidet Karya von den Tausenden anderen Orten des Terrors während der deutschen Besatzung in Europa. Es sind Aufnahmen eines Ortes der Zwangsarbeit im Kontext des Holocaust aus einer Zeitspanne von wenigen Monaten. Zu sehen sind Baracken, Bautechnik, Gleise, Züge und immer wieder unterernährte Menschen mit Spitzhacken, die Geröll bewegen, Loren beladen, dazu Ingenieure und Wachmänner. Die Fotos dokumentieren das Leid der Häftlinge unter schwersten Arbeitsbedingungen, und unvermittelt geht es auf der folgenden Bilderseite mit touristischen Aufnahmen aus dem besetzten Griechenland weiter. Dem Fotografen war es scheinbar gleichgültig, ob er halbtote Männer, dorische Säulen oder eine Hochzeitsfeier ablichtet. Und vielleicht gerade deswegen bieten die 80 Fotos aus Karya unmittelbare Einblicke in die Verbrechen des Holocaust, wie es sie nur von wenigen NS-Tatorten gibt.

Jüdische Zwangsarbeiter auf der Baustelle in Karya, Sommer 1943: Der Junge vorn rechts trägt zerschissene Kleidung und fischt Essen aus einer Blechdose, der Mann neben ihm ist barfuß.

© Sammlung Andreas Assael



Ausgehend von diesen Fotos erforschte Andreas Assael die bis dahin unbekannten Geschehnisse in Karya. Als Sohn eines jüdischen Überlebenden aus Thessaloniki hatte er Zugang zu den Netzwerken seines Vaters und konnte Zeitzeugen ausfindig machen, darunter mehrere Karya-Überlebende. Unter dem Titel »Karya 1943. Zwangsarbeit und Holocaust« greift das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit (Berlin) die Vorarbeiten von Andreas Assael auf. Gemeinsam mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Konfliktlandschaften der Universität Osnabrück und dem Jüdischen Museum Griechenlands (Athen) wurde ein Bildungs- und Ausstellungsprojekt entwickelt, das die NS-Verbrechen in Karya in den historischen Kontext einordnet und der breiten Öffentlichkeit in Deutschland und Griechenland bekannt macht. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft des griechischen Ministeriums für Kultur und der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Gefördert wird das Vorhaben in der Bildungsagenda NS-Unrecht von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF).

Die Unbekanntheit und das Beschweigen der Verbrechen in Karya gilt es in einen breiten Kontext der mangelnden bzw. politisch unerwünschten Auseinandersetzung mit dem schwerwiegenden Erbe der deutschen Okkupation einzuordnen – sowohl in Deutschland als auch in Griechenland. Die deutsche Besatzung in Griechenland dauerte von Mai 1941 bis Oktober 1944 und war besonders brutal. Das Land wurde von der Wehrmacht in eine deutsche, eine italienische und eine bulgarische Besatzungszone aufgeteilt. Infolge einer systematischen Ausplünderungspolitik brachen die Wirtschaft sowie auch die Lebensmittelversorgung im Land zusammen. Dies verursachte eine gravierende Hungersnot, bei der im ersten Besatzungswinter 1941/42 rund 40.000 Menschen allein im Hauptstadtgebiet Athen-Piräus starben. Dazu kamen systematische sogenannte Vergel-



tungsaktionen der Wehrmacht und der SS unter dem Vorwand der Bekämpfung des griechischen Widerstands. Zehntausende Männer, Frauen und Kinder fielen diesen Verbrechen zum Opfer.

Während der millionenfache Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs seit Jahren einen wichtigen Aspekt der historiografischen Forschung darstellt, bildet Griechenland hier eine Ausnahme. In der deutschen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Forschungsfeld tauchen griechische Opfer praktisch nicht auf: Das betrifft nicht nur die Deportation griechischer Zwangsarbeiter:innen in den deutschen Machtbereich, sondern auch die Implementierung einer Zwangsarbeitspolitik im besetzten Griechenland selbst. Auch in der griechischen Historiografie ist die Zwangsarbeit als historische Erfahrung der Okkupation weitgehend unerforscht geblieben. Die wichtigsten Haft- und Zwangsarbeitsorte, darunter die Konzentrationslager Chaidari (Athen) und Pavlos Melas (Thessaloniki), sind in Vergessenheit geraten. Genauso unterbelichtet bleibt die Zwangsarbeit der griechischen Juden, aber auch einiger Jüdinnen. Trotz der Etablierung der Holocaust-



Ankunft der jüdischen Zwangsarbeiter aus dem Ghetto Thessaloniki auf der Baustelle der Organisation Todt am Bahnhof Karya, 20. April 1943.

Baustelle der Organisation Todt an der Bahnstation Karya, im Hintergrund der Hangeinschnitt für das Ausweichgleis (links), der noch heute sichtbar ist, Sommer 1943.

© Sammlung Andreas Assael

Studien in Griechenland wird das Thema von der akademischen Forschung kaum beachtet. Selbst die jüdischen Gemeinden verfügen nur über vage Kenntnisse zu den Orten der Zwangsarbeit und den Opfern.

Zwangsarbeit war zentraler Bestandteil der deutschen Besatzungspolitik. Für die jüdische Bevölkerung erfolgte sie unter extremen und grausamen Bedingungen, bei denen auch ihr Tod billigend in Kauf genommen wurde. Die Politik der »Vernichtung durch Arbeit« richtete sich ausschließlich gegen die jüdische Gemeinde von Thessaloniki. Ihre Zwangsrekrutierung begann am 11. Juli 1942 mit der berüchtigten Versammlung auf dem Freiheitsplatz. Dort mussten sich alle jüdischen Männer der Stadt im Alter von 18 bis 45 Jahren, ca. 9.000 Personen, bei glühender Hitze vor der deutschen Ortskommandantur versammeln. Die Wehrmachtssoldaten sowie Kollaborateure demütigten und misshandelten die Männer. Sie wurden registriert und in verschiedene Arbeitskommandos aufgeteilt. Etwa 3.500 von ihnen kamen zur Zwangsarbeit an verschiedene Orte

in der Region um Thessaloniki. Nach zweieinhalb Monaten waren mindestens zwölf Prozent der Männer verstorben, weil sie, wie die deutschen Besatzer selbst einräumen mussten, unterernährt und unzureichend gekleidet waren und der Witterung und der harten Arbeit nicht standhalten konnten.

Eine zweite Phase der Zwangsarbeit folgte im März 1943, als die jüdische Bevölkerung von Thessaloniki bereits aus ihren Wohnungen und Häusern vertrieben und in mehreren Ghettos eingesperrt worden war. In diesem Zeitraum sahen sich die Besatzer mit einem ständigen Ausfall der nichtjüdischen Arbeitskräfte in Griechenland konfrontiert. Aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger Entlohnung verließen viele ihre Arbeitsplätze und kehrten in ihre Heimatdörfer zurück, passiver Widerstand war weit verbreitet. Der Versuch des deutschen Militärbefehlshabers in Griechenland, am 30. Januar 1943 offiziell eine landesweite Arbeitspflicht für die männliche Bevölkerung zwischen 18 und 50 Jahren einzuführen, war auf heftigen Protest gestoßen, der von Februar bis April 1943

in den großen Städten aufkam und vom organisierten Widerstand, hauptsächlich der linksorientierten Nationalen Befreiungsfront (EAM), geschürt wurde. Die Zwangsarbeitsverordnung wurde daraufhin stillschweigend zurückgezogen. Die Besatzer griffen fortan zunehmend auf »Bandenverdächtige« und »Sühnegefangene« als Arbeitskräfte zurück. Anfang 1943 waren die Juden praktisch die einzigen schnell greifbaren Arbeitskräfte in Griechenland – neben den griechischen Strafgefangenen, den sowjetischen Kriegsgefangenen und ab September 1943 auch den »italienischen Militärinternierten« (»IMIs«).

Als im März 1943 die ersten Deportationszüge Thessaloniki in Richtung Auschwitz verließen, wurden mindestens 1.500 jüdische Männer aussortiert und zu drei neu errichteten Zwangsarbeitslagern in Thiva, Lianokladi und Karya verschleppt. Sie wurden für Bauprojekte an der Hauptbahnstrecke Athen–Thessaloniki eingesetzt, im Abschnitt zwischen Athen und Lamia, also weit von ihrem Heimatort entfernt. 1943 nutzte die Wehrmacht die Hauptstrecke Athen–Thessaloniki–Belgrad bis zur vollen Auslastung für alle militärischen Belange, inklusive der Erschließung und Plünderung griechischer Rohstoffquellen. Um den Eisenbahnbetrieb auf dem gesamten Balkan – mit Blick auf die Nachschubprobleme für die Kriegsführung in Nordafrika – zu verbessern, plante die deutsche Besatzungsmacht groß angelegte Ausbauprojekte an der Eisenbahnstrecke Belgrad–Nis–Skopje–Thessaloniki–Athen. Deren Durchführung oblag der Organisation Todt (OT) unter Mithilfe von privaten deutschen und österreichischen Baufirmen. Die OT, eine paramilitärische Baugruppe, realisierte für die Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche militärische Bauprojekte sowohl in NS-Deutschland als auch in den besetzten Ländern, von Norwegen über Belarus bis Griechenland. Sie setzte dabei Hunderttausende nichtjüdische und jüdische Zwangsarbeiter:innen ein.

In Karya, wo die OT 300 bis 500 Juden zur Arbeit zwang, waren die Lebens- und Arbeits-



Blick in die Ausstellung: Biographien und die Medienstation (links)

Ausstellungselement zur Baustelle in Karya mit ergänzenden Zeichnungen

© Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Andreas Süß

bedingungen besonders grausam. Der Bahnhof von Karya befindet sich im Gebirge oberhalb des bedeutenden Rangierbahnhofs von Lianokladi, unweit von Lamia. An diesem Streckenabschnitt wollten die Deutschen ein flach verlaufendes Ausweichgleis maßgeblich verlängern. So sollten auf der eingleisigen Bahnstrecke entgegenkommende Züge passieren und mehr Fahrten gleichzeitig erfolgen bzw. das Anfahren bergauf ermöglicht werden. Dazu musste ein etwa 20 Meter tiefer Einschnitt in 100 Metern Länge in einen felsigen Berghang geschlagen werden, was besonders schwere Felsabtragsarbeiten erforderte. Im Rahmen einer geoarchäologischen Untersuchung der Universität Osnabrück auf dem Gelände der damaligen Baustelle konnte 2023 bestätigt werden, welche schier unvorstellbare Erdmasse die jüdischen Zwangsarbeiter bewegen mussten.



Die wenigen Überlebenden berichteten übereinstimmend von entsetzlichen Arbeits-, Hygiene- und Schlafbedingungen. Die Männer mussten mit nur einer Stunde Pause täglich zwölf Stunden arbeiten. Sie bekamen Hungerationen und kaum Wasser. Arbeitskleidung wurde nicht gestellt. Sadistische OT-Vorarbeiter und Aufseher aus Deutschland, Kroatien und Rumänien prügeln auf sie ein. Willkürliche Tötungen waren nicht selten. Anfang August 1943 lösten die Deutschen die Baustelle auf. Sie brachten die erschöpften und abgemagerten, in Lumpen gekleideten Überlebenden zusammen mit denen der anderen Zwangsarbeiter-Baustellen in Mittell Griechenland nach Thessaloniki zurück. Drei Tage später mussten die Männer den letzten Zug nach Auschwitz besteigen. Nach der Ankunft und Selektion wurden insgesamt 271 Männer dieses Transports in das Lager eingewiesen und die anderen in den Gaskammern ermordet. Der Weg der ersten Gruppe führte nach jetzigem Forschungsstand von Auschwitz zum Konzentrationslager Warschau und schließlich zum Konzentrationslager Dachau; nur wenige von ihnen überlebten.

Im Mittelpunkt des Projekts »Karya 1943. Zwangsarbeit und Holocaust« steht der Ort Karya. Die historische Bahnstrecke ist seit 2017 stillgelegt und die ehemalige Bahnstation nicht nur unbekannt, sondern kaum zugänglich. Für das Bildungs- und Ausstellungsprojekt musste der Ort erkundet und aufgearbeitet werden. Dies übernahmen Studierende und Lehrkräfte der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Konfliktlandschaften der Universität Osnabrück unter der Leitung von Prof. Dr. Christoph Rass. Sie untersuchten im April 2023 im Rahmen einer sogenannten geoarchäologischen Prospektion die frühere Baustelle, um den historischen Ort zu dokumentieren und Spuren der Zwangsarbeit zu finden. Zeitgleich führten die Projektpartner vor Ort eine internationale Jugendbegegnung mit Studierenden aus Thessaloniki und Osnabrück durch. Sie nahmen ebenfalls an der Prospektion teil und zeichneten zudem Interviews mit Nachkommen von Karya-Überlebenden in Thessaloniki und Lamia sowie mit Andreas Assael und Prof. Rass auf.

Im Rahmen der Prospektion wurde nach materiellen Hinterlassenschaften und Gegenständen gesucht, die Hinweise auf die Lebens-



Ausstellungseröffnung am 4. September 2024; oben: Kuratorin Iris Hax (links) und Leiterin Dr. Christine Glauning im Gespräch mit Kulturstatsministerin Claudia Roth.

© Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Andreas Süß

bedingungen der jüdischen Zwangsarbeiter geben. Die Bodenoberfläche und der Untergrund der historischen Baustelle wurden mit modernen archäologischen Methoden erkundet. Die Universität Osnabrück nutzte dabei hauptsächlich digitale Tools, unter anderem zur Vermessung des Geländes. Teilbereiche wurden geophysikalisch untersucht. Um diese Messungen zu überprüfen, wurden bodenkundliche Bohrungen vorgenommen. Einige markante und wichtige Orte der Baustelle wurden mittels Laserscan vermessen und mit einer Drohne fotografisch dokumentiert.

Die Auswertung der geoarchäologischen Daten und Geländeaufnahmen bestätigt die Erkenntnisse aus Berichten von Überlebenden und

historischen Quellen: Die jüdischen Zwangsarbeiter mussten innerhalb weniger Monate ca. 24.000 Kubikmeter Gestein abtragen. Die Recherchen von Andreas Assael hatten ergeben, dass sich nahe des Bahnhofs und der ehemaligen Baustelle ein Massengrab der getöteten jüdischen Zwangsarbeiter befand; das hatten mehrere Zeitzeugen aus der Gegend angegeben. Dieses Areal wurde genauer untersucht, ohne Belege für eine Grabstätte zu finden. Das heißt aber nicht, dass Ermordete oder Verunglückte nicht an anderer Stelle verschüttet oder verscharrt wurden. Überlebende Zwangsarbeiter berichteten von mehreren Morden. Weitere Untersuchungen sind notwendig, um die Ereignisse in Karya zweifelsfrei zu klären.

Die Prospektion war eine wichtige Vorarbeit für die Ausstellung »Karya 1943«, die ebenfalls den historischen Ort und das Schicksal der jüdischen Männer aus dem Ghetto Thessaloniki in den Mittelpunkt stellt. Den Auftakt zur Ausstellung bildet die einzigartige historische Fotosammlung des deutschen Bauingenieurs und OT-Haupttruppführers Hanns Rössler. Ein Faksimile des Originals lädt gleich zu Beginn der Ausstellung auf einem Tisch zum Blättern ein. Erreicht man eine bestimmte Seite im Album, startet automatisch ein Animationsfilm, der zeigt, wie Andreas Assael die Fotosammlung entdeckt hat.

Die ehemalige Bahnstation Karya wird in einer zentralen Medienstation anhand der Prospektionsergebnisse erfahrbar gemacht. Dies erfolgt mittels aufbereiteter Geländeaufnahmen und 3D-Modellen, die die Universität Osnabrück erstellt hat. Zahlreiche Fotos vom Gelände wurden aus derselben Perspektive gemacht wie die historischen Aufnahmen des deutschen Ingenieurs (»Re-Photography«). Legt man die modernen und die historischen Fotografien übereinander, können heutiger und damaliger Zustand des Ortes genau verglichen werden. In der Medienstation wird auch die Fotosammlung digital präsentiert und um relevante Informationen sowie Interviewausschnitte mit jüdischen Überlebenden ergänzt.

Wichtiger Bestandteil der Ausstellung sind die insgesamt acht Biografien von jüdischen Zwangsarbeitern, die durch Flucht überlebten oder auf der Baustelle bzw. später im Vernichtungslager ermordet wurden. Ihre Geschichten werden in würdevoller Form auf vertikalen Aufstellern präsentiert. Via QR-Code können Auszüge aus Videointerviews aufgerufen werden.

Die Ausstellungsarchitektur besteht aus raumfüllenden Gebilden (Polygone) als abstrahierte Landschaft, die in ihrer Gestaltung einen Bezug zur Karya-Baustelle in den Bergen Mittelgriechenlands herstellen. Die verschiedenen Kontextthemen sind auf die sechs Baukörper verteilt: die Fotosammlung, der historische Kontext (deutsche Besatzung in Griechenland, Holocaust und jüdische Zwangsarbeit), die Baustelle von Karya sowie die Nachkriegszeit mit Fokus auf die Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit in Griechenland und Deutschland.

Die Gestaltung der Ausstellung verfolgt das Ziel, ein jüngeres Publikum anzusprechen. Dabei sind die mediale Aufbereitung und die digitalen Erweiterungen hervorzuheben: Eine Website stellt weiterführende Informationen bereit, die in der Ausstellung via QR-Code angesteuert werden können. Animierte Zeichnungen und Illustrationen (Graphic Strips) visualisieren zum Beispiel historische Ereignisse und Gegebenheiten, zu denen es kein historisches Bildmaterial gibt. In Interviews berichten ehemalige jüdische Zwangsarbeiter von ihren Erfahrungen. Partizipative Elemente runden die Präsentation ab, so werden im »Nachkriegskapitel« Fragen zu Karya als Erinnerungsort gestellt: Der Tatort ist weit abgelegen und heute nahezu unzugänglich. Wie kann hier eine gemeinsame Erinnerung gelingen? Wie könnte ein Erinnerungszeichen oder Denkmal aussehen? Wo könnte ein Erinnerungsort entstehen? Die Besucher:innen können Antworten oder Vorschläge direkt in der Ausstellung artikulieren. Ein weiteres partizipatives Element mit der Aufforderung »Deine Meinung! Deine Stimme! Deine Message!« animiert die Besucher:innen, ihre Eindrücke zur Geschichte Karyas vor Ort niederzuschreiben.

Bildungsarbeit ist ein zentraler Bestandteil des Projekts. Im Rahmen einer Kooperation mit der Staatlichen Europaschule Berlin für Neugriechisch – Gymnasium Steglitz fand das Projektthema Eingang in die schulische Vermittlungsarbeit, wobei Schüler:innen mit Migrationsgeschichte und Schüler:innen mit neugriechischen Sprachkompetenzen involviert waren. Die Website karya1943.eu ergänzt die Ausstellung insbesondere um Bildungsmaterialien und Lernmodule. Die Homepage befindet sich derzeit im Aufbau und soll im November in den Sprachen Deutsch, Englisch und Griechisch gelauncht werden. Zentral ist dabei die Auseinandersetzung mit Biografien und Interviews (Oral History). Neben diesem Forschenden Lernen gibt es Lernformate, die zur Weiterarbeit mit kreativen Ansätzen anregen, etwa zum Entwerfen von Denkmälern oder Comicstrips. Die Auseinandersetzung mit ausgewählten Fotos wird ebenfalls eingebunden (Fotoanalyse, Quellenkritik).

Die Ausstellung und die begleitenden Projekte zeigen bisher kaum wahrgenommene Aspekte der Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft, der Zwangsarbeit und des Holocaust in Griechenland. Überdies ist es die erste Ausstellung zu diesem Thema, die von griechischen und deutschen Partnerorganisationen gemeinsam erarbeitet wurde. Sie wird gleichzeitig in zwei identischen Versionen in Deutschland und Griechenland gezeigt. Die Wanderausstellung (Platzbedarf mindestens 100 m²) kann beim Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit entliehen werden.

Kontakt Iris Hax: hax@topographie.de

Dr. habil. Iason Chandrinos Ausstellungskurator und wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Dozent an der Universität Regensburg.

Iris Hax Ausstellungskuratorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit.

Dr. Roland Borchers wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit.

Constanze Stoll

»Inklusion heißt – meine Zeit stimmt!«

Freundlich-kritische Nachbetrachtung
zum Pilotprojekt »Erinnern – inklusiv« zur Förderung
von barrierefreien Gedenkstättenfahrten

Vorhaben

Menschen mit Behinderungen besuchen selten bis nie Gedenkstätten. Bei der Zentralstelle zur Förderung von Gedenkstättenfahrten,¹ die beim Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH in Dortmund (IBB gGmbH) angesiedelt ist, stellen außerschulische Gruppen Anträge zur finanziellen und pädagogischen Unterstützung von Gedenkstättenfahrten. In den letzten neun Jahren wurde jedoch nur sehr wenige Anträge für inklusive Fahrten bzw. von einer Gruppe von Menschen mit Behinderung eingereicht.

Um die Zusammenhänge dieser verhinderten historischen Bildung für behinderte Menschen an historischen Orten der Naziverbrechen zu erforschen, entwickelte die IBB gGmbH zusammen mit dem Museum Stutthof (Sztutowo) und dem Schwarzenberg e.V. (Berlin) das deutsch-polnische Kooperationsprojekt »Erinnern – inklusiv«.² Es wurde von Januar 2023 bis März 2024 im Rahmen des EU-Programms »Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte« (CERV-2022-CITIZENS-REM) gefördert und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche (BMFSFJ) sowie der Stiftung für

deutsch-polnische Zusammenarbeit kofinanziert. Es befasste sich mit der Frage, was getan werden kann und muss, um Gedenkstättenfahrten für behinderte Menschen zu ermöglichen und ihre Benachteiligung beim Lernen aus der Geschichte zu beenden.

Das Projektteam bestand bis auf eine Person aus Menschen ohne Behinderung: Kordian Kuczma, Museumspädagoge und Historiker im Museum Stutthof, war verantwortlich für die Koordination der Projektaktivitäten auf der polnischen Seite; Annika Hirsekorn, Inklusionsexpertin und Bildungsreferentin beim Schwarzenberg e.V.) war beratend, als Mitorganisatorin und als Moderatorin beteiligt; als Bildungsreferentin bei der IBB gGmbH oblag mir die Gesamtleitung und Dokumentation des Projekts. Weitere Unterstützung erhielten wir von Stefanie Thalheim, die ebenfalls als Bildungsreferentin für den Schwarzenberg e.V. ihre Expertise als Moderatorin einbrachte, sowie Darya Kuchynskaya, die als wissenschaftliche Hilfskraft bei der IBB gGmbH wichtige organisatorische Aufgaben übernahm. Bis auf die Kolleginnen vom Schwarzenberg e.V. hatte das Projektteam wenig bis keine Inklusionserfahrung.



Drei Teilnehmer:innen der Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Prototyps Tastführung für Blinde durch einen Sehenden. Gemeinsam applaudieren sie zum guten Gelingen des Prototyps.

© Maja Tyburska

Kernfrage und Projektarchitektur

Unser Projekt verhandelte explizit das Thema Inklusion in Gedenkstätten. Die Teilnehmer:innen suchten Antworten auf die Frage, was zu tun ist, um Gedenkstätten zugänglich für alle zu machen. Wie in anderen Lebensbereichen zeigt sich in Polen wie in Deutschland auch in den Gedenkstätten: Wir leben in radikal exklusiven Gesellschaften. Menschen mit Behinderungen wurden und werden bislang bei der Konzipierung von Gedenkstätten mehrheitlich nicht mitgedacht.

Ein Besuch von Menschen mit Behinderungen in einer Gedenkstätte bringt oft unvorhersehbare Schwierigkeiten mit sich, weil die meisten Gedenkstätten trotz der zunehmenden Beschäftigung mit Inklusionsfragen

bisher nicht barrierefrei sind. Nicht immer halten Gedenkstätten Informationen über ihre Barriere(un)freiheit bereit. Viele Websites von Gedenkstätten sind nicht barrierefrei. Es gibt selten barrierefreie Führungen oder Angebote. Ausstellungen bieten oft nur schwer verständliche Texte an, die nicht nur Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht verstehen. Angebote in Gebärdensprache gibt es meist nicht. Für mobilitätseingeschränkte Personen sind unwegsame Gelände oft eine Herausforderung und Rollstuhl-Nutzer:innen finden nur mit viel Kraftanstrengung Zugänge. Eine Teilhabe behinderter Expert:innen an der Entwicklung von inklusiven Formaten in den pädagogischen Abteilungen von Gedenkstätten ist eher die Ausnahme.

Im Projekt »Erinnern – inklusiv« setzte das Projektteam in acht Arbeitspaketen fünf Online-Formate und drei Offline-Formate um:

In vier Online-Veranstaltungsreihen mit insgesamt 23 zweistündigen Dialogveranstaltungen luden wir jeweils ein bis drei Referent:innen und Expert:innen zu verschiedenen Schwerpunkten von Inklusion, Barrierefreiheit und Teilhabe in Gedenkstätten aus Polen und



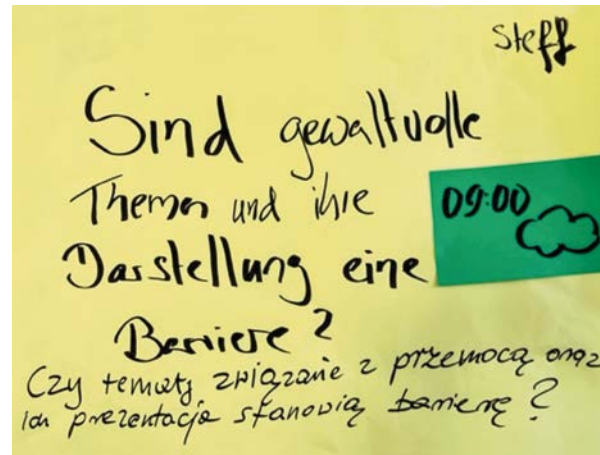
Deutschland ein. An den Online-Veranstaltungen nahmen insgesamt 576 Menschen teil. Alle Veranstaltungen wurden simultan in Laut- und Gebärdensprache (Deutsch/Polnisch) übersetzt.

Ende September 2023 empfing das pädagogische Team um Ewa Malinowska 29 Deutsche und 29 Polen mit und ohne Behinderung im Museum Stutthof zu einem ersten Netzwerktreffen. Der Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Stutthof, das seit 1962 ein Museum ist, diente dazu, spezifische Barrieren beim Zugang zum Gelände und zur Ausstellung bezüglich der Bedarfe behinderter Menschen bei einer Gedenkstättenfahrt und einem Besuch in Gedenkstätten zu untersuchen.

Aufbauend auf den Ergebnissen dieser ersten inklusiven Gedenkstättenfahrt setzte ein etwas kleineres Team, in dem einige der Teilnehmer:innen wieder vertreten waren, die Arbeit während eines zweitägigen methodenpraktischen Seminars in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Anfang Dezember 2023 fort.

Eine dritte barrierefreie Gedenkstättenfahrt führte Ende Februar 2024 erneut ins Museum Stutthof. Es nahmen ausschließlich Pol:innen und Deutsche mit Behinderungen teil, die eingeladen waren, die entwickelten Prototypen nach einer Präsentation zu erproben und Feedback zu ihrem Funktionieren zu geben.

Das Projekt wurde Ende März 2024 mit zwei anderthalbstündigen Online-Veranstaltungen, bei denen Teilnehmer:innen und das Projektteam Ergebnisse und wichtige Erkenntnisse zusammentrugen, abgeschlossen.



Hürde für die Inklusion: Sie soll möglichst wenig kosten

Das CERV-REM-Programm zu »Bürgerbeteiligung und Teilhabe« fördert Projekte im Bereich Geschichtsbewusstsein und Erinnerungskultur. Es fordert dazu auf, Projekte inklusiv und barrierefrei zu konzipieren – für die EU trat 2011 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft und die Europäische Kommission hat 2021 eine Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen angenommen.³ Unser Projektantrag mit seiner expliziten Inklusionsthematik konnte in der konkurrenzreichen Ausschreibung 2022 bestehen.

Die erwähnte Architektur von »Erinnern – inklusiv« mit acht Arbeitspaketen und der Unterteilung von Online- und Offline-Formaten entsprach den Förderbedingungen des Programms. Doch so wenig die Förderbedingungen dem inklusiven Anspruch der EU gerecht werden, so wenig bedarfsgerecht hatten wir unser Inklusionsprojekt mit ausreichend Zeit und angemessen bezahlten Leistungen zum Abbau von insbesondere kommunikativen und digitalen Barrieren ausgestattet. Das Programm, das die EU wohlmeinend als »systematische Gleichstellung auch von Menschen mit Behinderungen« bewirbt, ist in der Praxis leider die strukturelle Fortschreibung der Benachteiligung behinderter Menschen. Denn die Förderbedingungen machen keinen Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen. In den Förderrichtlinien ist nicht berücksichtigt,



Eine Teilnehmerin steht gebückt vor einem gelben Papier und notiert das Anliegen einer Gruppe für die Diskussion im Open Space.

Ein gelbes Papier mit dem Diskussionsanliegen für den Open Space, formuliert als Frage auf Deutsch und Polnisch: Sind gewaltvolle Themen und ihre Darstellung eine Barriere?

Ewa Malinowska, die pädagogische Leiterin des Museums Stutthof, und der Simultandolmetscher Arkadiusz Dziura stehen vor der Anliegenwand. Sie ist tapeziert mit gelben Blättern, auf denen Diskussionsanliegen notiert sind.

© Łukasz Kępski (rechts, links)
© Constanze Stoll (Mitte)

ob die zu beteiligenden Menschen besondere Bedarfe haben – und so werden die pauschalen Teilsommen für die Arbeitspakete hauptsächlich von der Anzahl der erreichten Bürgerinnen und Bürger abhängig gemacht. Ob sie Gebärdensprache benötigen, ob die Übertragung in Einfache Sprache oder barrierefreie Unterbringungsmöglichkeiten bezahlt werden müssen, ist nicht relevant. Doch all das sind Leistungen, die gegebenenfalls zu finanzieren sind, die aber durch das Pauschalsummensystem die Fördersumme nicht erhöhen können. Unser Projektteam hat unwissentlich diese Logik reproduziert. Wir haben nach der Bewilligung des Projekts und bei der Projektumsetzung hart mit dieser Logik gerungen und an ihr gelernt.

Inklusive Settings kosten Geld

Mit einem Beispiel möchte ich die fehlende systemische Entsprechung zum Anspruch des CERV-Programms, Inklusion zu fördern, veranschaulichen. Sollte der Absatz für die einen und anderen Leserinnen und Leser zu kleinteilig sein, überspringen Sie das Kapitel einfach!

Die Gesamtfördersumme eines Projekts im CERV-REM-Programm ergibt sich additiv aus den pauschalierten Teilsommen für die

jeweiligen Online- oder Offline-Arbeitspakete – den Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele konzipiert werden. Die Pauschalierung ist eine Pro-Kopf-Bemessung und richtet sich nach gestaffelten Teilnehmerzahlen. Die tatsächliche Verausgabung der Teilsommen im Projektverlauf ist nicht an das Arbeitspaket gebunden und muss nicht mittels Belegen nachgewiesen werden. Entscheidend für die schlussendliche Bewilligung der Teilsommen aus den Arbeitspaketen ist, ob man die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer regelkonform nachweisen kann. Im Einklang mit den Projektzielen konzipiert und budgetiert man bei der Projektentwicklung also eine fixe Anzahl von Arbeitspaketen und errechnet eine spezifische Gesamtfördersumme, die dann sowohl zur Finanzierung der weniger kostenintensiven als auch der kostenintensiveren Maßnahmen genutzt wird.

Um in »Erinnern – inklusiv« die niedrigsten möglichen pauschalierten Teilsommen für die insgesamt fünf inklusiven Online-Veranstaltungsreihen zu erhalten, mussten wir mit diesen fünf Veranstaltungsreihen jeweils mindestens 101 Personen aus Polen und Deutschland als Teilnehmende erreichen. Dabei durfte eine



Person auch bei mehrmaliger Teilnahme an verschiedenen (digitalen) Sessions innerhalb einer Veranstaltungsreihe nur einmal gezählt werden. Es wurde schnell klar, dass wir mit den ursprünglich geplanten drei bis vier Online-Sessions pro digitaler Veranstaltungsreihe ganz und gar nicht die jeweils 101 Personen erreichen. Für den unverzichtbaren Erhalt der Teilsummen der Online-Veranstaltungsreihen war es keine Option, etwas weniger Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erzielen, denn im Falle des Nichterreichens der Zielmarke (von 101 Personen) entfällt die entsprechende Teilsumme komplett. Also mussten wir wesentlich mehr inklusive Online-Sessions organisieren, die wie alle anderen Sessions von sechs Laut- und Gebärdensprachdolmetscher:innen begleitet wurden. So stiegen die Kosten der fünf Online-Arbeitspakete erheblich und, was ebenso schwerwiegend war: Die Länge der drei barrierefreien Gedenkstättenfahrten mussten wir aufgrund der Mehrausgaben bei der Online-Veranstaltungsreihe erheblich kürzen. Wir verbrachten jeweils nur zwei bzw. drei Tage in den beiden Gedenkstätten – Zeiträume, die für die anspruchsvollen Aufgaben, die wir gemeinsam bewältigen wollten und sollten, viel zu kurz waren.

Somit haben wir taube und blinde und sehbehinderte Menschen, Menschen mit Lern-

schwierigkeiten und Menschen mit einem Autismusspektrum, aber auch Dolmetschende und alle anderen Teilnehmenden und uns einem notorischen Zeitstress ausgesetzt. Dies widersprach unserem Anspruch, bedarfsgerechte Teilhabe zu leben und entsprechend Barrieren für die Kommunikation und die Kooperation abzubauen. Ich habe gelernt: Zeitdruck ist ein absolutes Do-not für Inklusion! Die Kommunikation unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand unter diesem permanenten Zeitdruck statt. Dabei war für die Erledigung der Aufgaben in einem bedarfsgerechten und angebrachten Tempo beim Sprechen und Nachdenken sowie für Pausen nicht ausreichend Zeit vorhanden. Insgesamt kosteten der Modus des »Auf-Sicht-Fahrens« und der Zeitstress unheimlich viel Kraft. Beides hat das Team und den Gesamtverlauf erheblich strapaziert.

Wen trifft die Kritik? Wir hatten ähnlich wie die Verantwortlichen der EU-CERV-REM-Programmlinie zu wenig bedacht, dass inklusives Handeln konkrete Auswirkungen auf Kostenpläne und Finanzierungsstrategien hat: Menschen mit Lernschwierigkeiten lernen gut anhand von Wiederholungen, in kleinen Gruppen und subjektbezogen am liebsten offline. Der Austausch und Dialog zwischen Menschen mit und ohne Behinderung braucht generell Zeit, damit Verständigung und Annäherung

gelingt. Das gilt umso mehr für die inklusive Beschäftigung mit der barrierefreien Vermittlung von NS-Verbrechen und dem Gedenken an die Opfer des Naziregimes. Die Gestaltung von Kommunikations- und Aushandlungsräumen, in denen bedarfsgerechte Zugänge und Teilhabe gelingen, kostet Geld: Gebärdendolmetscher:innen, Einladungstexte in Einfacher Sprache, Audiodeskription, Vorbereitungszeit!

Index für Inklusion

Trotz und eingedenk dieser Schwierigkeiten war uns wichtig, »Erinnern – inklusiv« weitgehend als inklusive Struktur im Themenfeld Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur anzulegen. Hier folgten wir dem Grundsatz »Nicht ohne uns über uns«. Bei der Umsetzung der Aktivitäten hat das deutsch-polnische Projektteam versucht, sich an der Empfehlung von Prof. Dr. phil. Petra Fuchs zu orientieren, an einem beliebigen Punkt anzufangen, um

- »inklusive Kulturen (Gemeinschaft bilden) zu schaffen,
- inklusive Strukturen (eine Einrichtung für alle [...]) zu etablieren und
- inklusive Praktiken (Curricula für alle erstellen) zu entwickeln.«⁴



Einer der beiden polnischen Gebärdendolmetscher:innen gebärdet.

Eine der beiden deutschen Gebärdendolmetscherinnen gebärdet.

© Łukasz Kępski

In den beiden folgenden Kapiteln berichte ich über die Online-Veranstaltungsreihe und die barrierefreien Gedenkstättenfahrten.

Online-Veranstaltungsreihe

Insgesamt organisierten wir 23 zweistündige deutsch-polnische Online-Sessions zu unterschiedlichen Aspekten inklusiver Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit. Die Veranstaltungen richteten sich an Menschen mit und ohne Behinderung oder Beeinträchtigung, die als Betroffene, Eltern, Lehrkräfte, Mitarbeitende in Gedenkstätten oder Studierende an einer inklusiven Erinnerungsarbeit interessiert sind. Die Online-Sessions waren dialogorientiert: In loser Folge waren verschiedenen Expert:innen aus Polen und Deutschland zu Gast, um gemeinsam das auch interkulturell komplexe Thema Inklusion in Gedenkstätten zu erschließen.

In der Auftaktveranstaltung im März 2023 warnte Dr. Meike Günther, Professorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, davor, Grenzen nur bei Menschen mit Behinderungen zu sehen. Die bewusste Wahrnehmung eigener Grenzen des Verstehens und des eigenen Scheiterns seien wichtige Kernkompetenzen, wenn es um den Abbau von Barrieren behinderter Menschen innerhalb unserer »radikal exklusiven« Gesellschaften gehe. Sie sensibilisierte für unterschiedliche deutsche und

polnische Perspektiven auf die Erinnerung der NS-Vergangenheit und stellte in Aussicht, dass es auch bei der Inklusion interkulturell bedingt unterschiedliche Erfahrungen gebe, die es zu berücksichtigen gelte. Die Kolleginnen aus dem Museum Stutthof stimmten das Publikum in derselben Session darauf ein, dass die veraltete Ausstellung in ihrer Gedenkstätte einen langen Atem brauche, um Inklusion zu gewährleisten – aufgrund der Gesetzeslage gebe es hierzu allerdings keine Alternative.

Das Plädoyer der Teilnehmerin Verena Tönnies, wir mögen Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht vergessen, bestärkte das Projektteam, Barrierefreiheit und Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung behinderungsübergreifend zu behandeln. Gemeinsam mit ihr organisierten wir einen vierteiligen Kurs zum Nationalsozialismus in Einfacher Sprache ausschließlich für Menschen mit Lernschwierigkeiten aus Deutschland. Auf diese Weise knüpften wir Kontakt zu Menschen mit Lernschwierigkeiten, die an den barrierefreien Gedenkstättenfahrten teilnahmen und die Entwicklung von Prototypen als »kleine Lösungen für große Barrieren« beförderten.

Zwei taube Gäste – Claudia Kermer, Dozentin für Gebärdensprachdolmetschen an der Hochschule Magdeburg-Stendal, und Dr. Mark Zaurov, Historiker aus Hamburg – bereicherten zwei Sessions unsere Online-Veranstaltungsreihe, indem sie tiefere Einblicke in die Gehörlosenkultur und -geschichte gaben. Claudia Kermer berichtete, wie Gehörlose den Besuch einer Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus wahrnehmen und was ihnen den Zugang zu den angebotenen Inhalten erleichtern könnte. Mark Zaurov forschte zur Geschichte der Gehörlosen in der NS-Zeit und stellte die Ergebnisse seiner Forschungen zum »Deaf Holocaust« vor.

In einer weiteren Session berichteten die beiden Museumspädagoginnen Alicja Wójcik und Anna Pilzak von der Mammutaufgabe, an der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau inklusive Formate zu etablieren. Die Architektin

Joanna Wasiluk erläuterte ihre Pläne für ein barrierefreies Besucherzentrum, das derzeit für das Museum Stutthof gebaut wird – unter der Überschrift »Barrieren der Inklusion in der Architektur von Gedenkstätten: Möglichkeiten und Grenzen«. Eine der Grenzen, an die unser Projektteam während der Planung von »Erinnern – inklusiv« ebenfalls stieß: die Sicht nicht von Behinderung betroffener Expert:innen auf Inklusion, die meinen, ohne die Erfahrung und das Wissen betroffener Menschen auszukommen. In der Tat ist die Teilhabe behinderter Menschen an der Planung inklusiver Projekte und Produkte und ihre Mitbestimmung als Expert:innen in eigener Sache bislang sehr selten – obwohl sie wesentliches Element der UN-Behindertenrechtskonvention ist: Behinderte Menschen sind im Sinne ihrer Gleichstellung eben nicht als ausschließliche Nutzer:innen von barrierefreien Produkten zu behandeln, sondern als Menschen mit einer besonderen Expertise.

Dass es anders geht, stellten der Museumspädagoge Christian Marx aus der Euthanasie-Gedenkstätte Brandenburg an der Havel und die beiden Guides Kathleen Tesmer und Lutz Albrecht in einer Session dar. Sie erzählten von ihrem inklusiven Prozess zur Ausbildung von Guides mit Lernschwierigkeiten und der Entwicklung von ihnen geführter Touren, die ohne das Aushängeschild »Führung von Menschen mit Lernschwierigkeiten« mittlerweile von allen Gästen gebucht werden.

Matthias Rittner und Lisa Herbst von der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg stellten ihr Programm »Geschichte zum Anfassen« vor, in dem ebenfalls Menschen mit Lernschwierigkeiten in Tandems mit Museumspädagog:innen die Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers vermitteln. Außerdem berichteten sie von einem inklusiven Tanzprojekt zur psycho-emotionalen Verarbeitung der leidvollen und grausamen Geschichte, das aus der Zusammenarbeit mit neurodivergenten Besucherinnen und Besuchern entstanden ist.

Robert Parzer von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Thomas



Hannah Kiesbye und ihr Vater stellen den Prototyp zur Einfachen Sprache vor.

© Constanze Stoll

Kazimierz Swarzyński vor einer grünen Wand in einem Seminarraum in Ravensbrück. Er wird für ein gebärdetes Video eines Textes über die Geschichte des ehemaligen KZ Stutthof aufgenommen.

© Maja Tyburska

Künnecke von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. thematisierten die Rolle der indirekten Betroffenheit behinderter Menschen durch die NS-Gewalt. Die zentrale Botschaft: Behinderte Menschen müssen wie andere selbst bestimmen dürfen und können, ob sie sich mit der NS-Geschichte befassen und sich insbesondere die Geschichte(n) der Krankenmorde an Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen in den Tötungsanstalten in Deutschland und den annektierten Gebieten zumuten wollen. Dafür braucht es ausreichende Informationen und Angebote in Einfacher und Leichter Sprache sowie eine adäquate Begleitung für die Beschäftigung mit den Themen in Gedenkstätten.

Zwei Online-Sessions widmeten sich dem spannenden Thema Einfache und Leichte Sprache: Andrea Halbritter, die unter anderem Ausstellungstexte im NS-Kontext in Leichte und Einfache Sprache übersetzt, sprach über die Regeln, Vorzüge, Herausforderungen und Unterschiede der beiden Sprachen im Deutschen. Mit Marlene Seifert und der Prüferin für Leichte Sprache Duygu Özen begab sich ein ausschließlich deutsches Publikum in die Praxis und versuchte sich in der Produktion Leichter Sprache im Kontext der Vermittlung von NS-Geschichte.

Einen Ausflug ins weitere Verständnis von inklusiver Erinnerungskultur unternahmen wir in einer von Annika Hirsekorn vorbereiteten Online-Session. Das Künstlerduo Various & Gould

und der Künstler Nando Nkrumah stellten ihre Interventionen in öffentlichen Erinnerungsräumen vor, in denen sie sich kritisch mit der gesellschaftlichen Geschichtswahrnehmung im Stadtraum auseinandersetzen: Am Berliner Bismarck-Nationaldenkmal (Various & Gould) und am Reiterstandbild des »Großen Kurfürsten« Friedrich Wilhelm von Brandenburg vor dem Schloss Charlottenburg in Berlin (Nando Nkrumah) zeigten sie, wie Gewalt, Sklavenhandel und Entrechtung als Teil von Kolonialgeschichte in Statuen und Denkmälern vergangener Jahrhunderte unsichtbar gemacht werden. Mit ihren Interventionen holen sie diese Inhalte zurück ins öffentliche Geschichtsbesusstsein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Online-Veranstaltungsreihe der Erkundung bereits bestehender Praxisbeispiele gelungener Teilhabe und der Vorstellung inklusiver Vermittlungsformate im NS-Kontext diene. Darüber hinaus erwies sie sich als wichtiger inklusiver Lernort für das erweiterte Projektteam: Die Anwesenheit von jeweils sechs Laut- und Sprachdolmetscher:innen machte Sprachbarrieren sichtbar und zeigte gleichermaßen, wie sie überwunden werden können. Wir schufen eine inklusive Kultur und entwickelten ein inklusives Curriculum. Die beiden letzten Online-Sessions nutzten wir, um wichtige Erkenntnisse und Lehren herauszustellen sowie nach den Grenzen von Inklusion zu fragen. Diese Grenzen sind verschiebbar, denn sie sind abhängig von den Entscheidungen der politischen nicht-behinderten Mehrheiten. Inklusion wird meist gewollt, doch es fehlt eine Normalisierung inklusiver Praxis. Es gilt aufzupassen, dass Inklusion nicht ein minderheitengesellschaftlicher Exkurs bleibt. Solange eine Mehrheit den Abbau von Barrieren als exklusives Geschenk an behinderte Menschen und nicht als Vorteil für alle begreift, wird sich an ihrer Diskriminierung nichts ändern und die rechtliche Verbindlichkeit der UN-BRK und nationaler Gesetze bleibt für die Gesellschaft nur auf dem Papier bestehen.

30 Teilnehmer*innen sitzen im großen Stuhlkreis auf der grünen Wiese vor der ehemaligen Kommandantur im Museum Stutthof und erörtern Ergebnisse und Erkenntnisse.

© Lukasz Kępski



Offline-Veranstaltungen:

Drei inklusive Gedenkstättenfahrten

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten drei inklusive Gedenkstättenfahrten – eine Gruppe von 60 Menschen besuchte das Museum Stutthof, 43 Menschen die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Die Gruppe bestand aus Menschen mit und ohne Behinderungen im Alter zwischen 21 und 70 Jahren aus verschiedenen Städten in Deutschland und Polen. Die Teilnehmenden beschäftigten sich aus beruflichem oder persönlichem Interesse mit inklusiver Erinnerungskultur im Kontext von NS-Gedenkstätten.

Ende September 2023 führte die deutsch-polnische Gruppe im Museum Stutthof eine Untersuchung der dortigen Barrieren durch. Nach intensiven Führungen durch das Museum sammelten die Teilnehmenden im »Open Space« ihre Gedanken und Ideen zu folgenden Fragen: »Welche Barrieren gibt es in Gedenkstätten und auf Gedenkstättenfahrten?«, »Was brauchen wir?«, »Wie können wir besser in Gedenkstätten

lernen?«. Im Anschluss wurden die Fragen in selbst organisierten Arbeitsgruppen an zwei Tagen diskutiert. Dabei kamen unter anderem folgende Anliegen zum Vorschein: »Wie schaffen wir diverse Zugänge zum Thema, bevor der Besuch in der Gedenkstätte stattfindet?«, »Wie lang darf ein Video in Gebärdensprache sein und wo kann es gezeigt werden?«, »Wie können die schwierigen Themen einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Einfacher oder sogar Leichter Sprache vermittelt werden?«, »Wie kann blinden und sehbehinderten Menschen ein weitläufiges Gelände zugänglich gemacht werden?«, »Wie schaffen wir Ruheräume?«, »Sind gewaltvolle Themen und ihre Darstellung eine Barriere?«.

Mit Blick auf die Entwicklung von Ideen zum Abbau spezifischer Barrieren im Museum Stutthof vertieften die Teilnehmenden ihre Erörterungen anschließend. Orientiert an den beiden zuvor von den Moderatorinnen identifizierten Schwerpunkten Zugänglichkeit &

Infrastruktur und Erlebnis & Interaktion verständigte sich das Projektteam am Ende der ersten Gedenkstättenfahrt auf die Weiterarbeit an zwei grundlegenden Bedarfen: Ein Besucherservice muss inklusive Angebote bündeln, zielgruppengerecht aufbereiten und vermitteln. Sehbehinderte und blinde Menschen, taube Menschen und Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen bedarfsgerechte Angebote und Darstellungsformate, um einen Erinnerungsort für sich erschließen und begreifen zu können.

Zwei Monate später, Anfang Dezember 2023, trafen sich 42 polnische und deutsche Teilnehmende aus dem Projektteam zu einem zweitägigen Workshop in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. In Arbeitsgruppen entwickelten sie ausbaufähige Prototypen. Als Prototypen bezeichnet das Projektteam konkrete Lösungen für spezifische Barrieren. Es sind Zwischenprodukte, die den Weg weisen sollen, wie das Museum im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention inklusiv werden kann.

Vier Prototypen, an denen die deutsch-polnischen Teams in der verbleibenden Projektzeit weiterarbeiteten, nahmen Gestalt an:

Besucherservice: Ein barrierefreier Besucherservice ist der erste und wichtigste Schritt, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Gedenkstätten zu erleichtern. Der Prototyp ist ein interaktiver Ratgeber und Fragebogen für einen barrierefreien Besucherservice in Einfacher Sprache. Während unserer barrierefreien Gedenkstättenfahrt im Februar 2024 richtete sich der entwickelte Prototyp direkt an potenzielle Besucher:innen mit Behinderungen. Als interaktiver Ratgeber und Fragebogen informiert er darüber, mit welchen Barrieren im Museum zu rechnen ist, und bezieht seine Nutzer:innen mit ein, um weitere notwendige barrierefreie Angebote zu identifizieren und zu schaffen.

Gebärdenvideos: Videos in Gebärdensprache sind ein essenzielles Mittel, um Gehörlosen und Schwerhörigen den Zugang zu den Inhalten von Gedenkstätten zu ermöglichen. Der entwickelte Prototyp besteht aus zwei Videos, die in deutscher und polnischer Gebärdensprache in die Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers Stutthof einführen. Die inhaltliche Grundlage bildet eine Texttafel in schwerer Sprache am Eingang des Museums, die zunächst in Einfache Sprache übertragen wurde.

Einfache Sprache: Die Verwendung Einfacher Sprache ist ein weiterer Schlüssel, um Gedenkstätten für Menschen mit Lernschwierigkeiten, aber auch Menschen, die aus anderen Gründen die oft komplexe und fremdwortlastige Sprache von Ausstellungstexten zur vielschichtigen NS-Geschichte nicht verstehen, zugänglicher zu machen. Der Prototyp besteht aus vier bebilderten Texttafeln in Einfacher deutscher und polnischer Sprache zur »Quarantäne-Baracke« im ehemaligen Konzentrationslager Stutthof.

Führung für Blinde und Sehbehinderte:

Blinde und sehbehinderte Menschen benötigen spezielle Führungen, um die Inhalte und das Gelände von Gedenkstätten wahrnehmen zu können. Der entwickelte Prototyp ist eine Tastführung zu ausgewählten Gegenständen bzw. Orten im Museum Stutthof. Dazu gehört auch die Schulung eines deutschsprachigen sehenden Guides, der diese Tastführung anleitet.

Von Dezember 2023 bis Ende Februar 2024 arbeiteten die vier Gruppen weiter an den Prototypen. In dieser letzten Phase spürten Projektteam und Teilnehmende erneut die Zwänge fehlender Ressourcen wie Zeit und finanzielle Mittel: Nicht alle Arbeitsgruppen konnten wir gleichermaßen intensiv begleiten, was sich auf die Qualität der Prototypen auswirkte.

Während der dritten Gedenkstättenfahrt nach Stutthof vom 26. bis 29. Februar 2024 wurden die vier Prototypen einer neuen Gruppe von ausschließlich behinderten jungen Menschen präsentiert und von ihnen erprobt. Neben dem Inhalt und der Anwendung des jeweiligen Prototyps richtete sich das Augenmerk auch auf den Prozess seiner Entwicklung, der nachvollziehbar gemacht werden sollte.

Dieser Fokus auf die Nachvollziehbarkeit unserer Prozesse der Prototypentwicklung hängt mit der Lernerfahrung aller Beteiligten im Projekt »Erinnern – inklusiv« zusammen, die wir für die Nachahmung transparent gemacht haben. Hierbei gehört die folgende Beobachtung zum zentralen Lerngewinn: Wir stellten in »Erinnern – inklusiv« die Teilhabe im Sinne der UN-BRK ins Zentrum des Pilotprojekts. Dort wird sie als wesentliches Ziel und Aufgabe zur Überwindung von Diskriminierung von behinderten Menschen und ihrer Gleichstellung beschrieben. Während der Umsetzung haben wir festgestellt, dass die Qualität der Teilhabe behinderter Menschen am historischen Lernen in Gedenkstätten stark davon abhängt, wie sehr sie in die Entwicklung der dafür notwendigen Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit einbezogen werden. Gelingt die Teilhabe von

beispielsweise blinden Menschen bei der Entwicklung einer Tastführung für Blinde, von tauben statt ausschließlich hörenden Gebärdensprachexpert:innen bei der Produktion von Gebärdenvideos, von Menschen mit Lernschwierigkeiten bei der Entwicklung von einfachen Texten über komplexe NS-Geschichte, dann gesellt sich zu Teilhabe Teilgabe. Teilgabe lehnt sich als Wortneuschöpfung an den Begriff der Teilhabe an, betont aber ein aktives »Geben« im Gegensatz zum »Haben«. Der Mehrwert für alle Beteiligten im Projekt ergab sich genau aus der Kombination von Teilhabe und Teilgabe. Sie sollte Normalität in allen Lebens- und Gesellschaftsträumen – und in unseren zukünftigen Projekten werden.

Über das Maß von Teilhabe und Teilgabe waren sich die Beteiligten im deutsch-polnischen Austausch nicht immer einig. Zum Beispiel zeigten sich kontroverse Auffassungen darüber, wie die inklusive Umgestaltung von Gedenkstätten und ihren teilweise überalterten Dauerausstellungen zu bewerkstelligen sei. Einige anwesende Pädagog:innen und Historiker:innen befürworteten zwar inklusive Formate, standen jedoch einem partizipativen Ansatz, in dem Menschen mit Behinderung an der Überarbeitung von Ausstellungen beteiligt sind, eher skeptisch gegenüber. Dies kritisierten insbesondere diejenigen Teilnehmer:innen, die eine Behinderung haben, als eine Fortsetzung von Privilegien nicht-behinderter Menschen.

Die Kontroverse um Gleichbehandlung, Einfluss und Mitsprache bei der Inklusion wurde besonders deutlich bei der Präsentation der polnischen und deutschen Gebärdensprachvideos mit einführenden Texten zum ehemaligen KZ Stutthof. Die deutschen tauben Teilnehmer:innen betonten, in Deutschland gelte die Regel, dass nur taube Gebärdensprachdolmetscher:innen Gebärdenvideos erstellen dürfen, um die Privilegien von Hörenden abzubauen. Es wurde kritisiert, dass im Projekt die tauben Expert:innen nicht im Vordergrund standen, sondern ihre hörenden Kolleg:innen. Der wichtige Appell war, den Audismus, also die strukturelle

Benachteiligung und Stigmatisierung tauber Menschen, zu berücksichtigen. Für Taube ist Gebärdensprache ihre erste und eigene Sprache, keine Übersetzung der Lautsprache. Die polnischen tauben Teilnehmer:innen stimmten den deutschen zu und betonten, dass auch in Polen taube Menschen nicht gleichberechtigt behandelt würden und stigmatisiert seien. Dabei geht es um Verdienstmöglichkeiten und die Anerkennung der Expertise tauber Gebärdensprachdolmetscher:innen im Vergleich zu hörenden.

Fazit

Wir haben abwechslungsreiche Begegnungen und aspektreiche Diskussionen über inklusive Formate der Vermittlung und Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und dem Empowerment für und mit behinderten und nicht-behinderten Menschen organisiert.

Wir haben Kontinuitäten zwischen der behindertenfeindlichen Verwertungslogik der Nazis und der immer noch paternalistischen Nichtbeteiligung von behinderten Menschen an der NS-Erinnerungskultur thematisiert.

Das Projektteam konnte auf die wertvolle Expertise zum Thema Inklusion von Annika Hirsekorn und Stefanie Thalheim vom Verein Schwarzenberg e.V. zurückgreifen und das differenzierte historische Wissen und die pädagogische Erfahrung unseres Kollegen Kordian Kuczma vom Museum Stutthof nutzen. Das Projektteam hat gemeinsam gerungen, an welchen Stellen unsere Planung, Workshops und Moderation teilhabeorientierter werden können. Wir haben uns anregen lassen und viel gelernt, beispielsweise: Kritik von behinderten Menschen anzunehmen, aus Fehlern zu lernen, anstatt sich für sie zu entschuldigen oder zu erklären, wieso dies und das nicht bedarfsge rechter gestaltet ist. Im Verlauf hat das Projektteam intensiv diskutiert, ob ein finanziell nicht ausreichend ausgestattetes Inklusionsprojekt besser vorzeitig beendet werden sollte, anstatt den Bedarfen inklusiver Teilhabe wieder nicht gerecht zu werden. Dabei kam zur Sprache, dass

die Umsetzung der gesetzlich verbindlichen UN-BKR einen systemischen Wandel erfordert, der sich vor allem darin zeigen muss, dass Inklusionskosten durch die Förderkriterien gedeckt sind, weil der Abbau von Barrieren und die Schaffung von Teilhabe eben Geld kosten. Das Projektteam entschied einvernehmlich, das Projekt zu Ende zu bringen.

Im Sinne eines Pilotprojekts ist es uns im Einklang mit den zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten gelungen, eine inklusive Gemeinschaft zu bilden und inklusive Praktiken zusammen zu erleben, zu entwickeln und zu erproben.

Das Projektteam hat im Zuge des Projekts gelernt, sich barrierebewusster zu verhalten. Dieser Lerneffekt betraf auch viele Teilnehmer:innen und insbesondere Menschen ohne Behinderungen. Die nicht-behinderten Personen sind während der Veranstaltungen und Gedenkstättenfahrten aufmerksamer geworden gegenüber den Hürden und den Mechanismen der Exklusion. Sie wurden sensibilisiert, etwa hinsichtlich exklusiver Ausstellungsdesigns, fehlender Sitzmöglichkeiten, langer Arbeitszeiten, komplizierter Redebeiträge oder fehlender Audiodeskriptionen. Wir haben gelernt, dass es viel mehr Zeit und Raum in inklusiven Projekten geben muss und dass die Wahrscheinlichkeit angemessener zeitlicher Ausstattung mit der Beteiligung behinderter Menschen während der Entwicklung von inklusiven Projekten steigt.

Die erwähnten Problematiken des Pauschalsummen-Systems des CERV-REM-Projekts konnte ich mit Vertreterinnen der nationalen CERV-Kontaktstellen diskutieren und bin auf Verständnis gestoßen. Der Anspruch auf Gleichstellung (behinderter Menschen mit nicht-behinderten Menschen) geht noch nicht einher mit der Erkenntnis, dass Gleichstellung nicht Gleichheit der Mittel, sondern Anpassungen der Mittel und Ausnahmen von der Regel braucht. Wir haben hierdurch gelernt, das Pauschalsummen-System deutlich zu den eigenen Gunsten anzuwenden und die Arbeitspakete

entsprechend den Bedarfen bei der teilhabenden Kooperation mit behinderten Menschen anders zu kombinieren und auszugestalten, sodass sich mehr Zeit und schlicht höhere Fördersummen für die einzelnen Arbeitspakete ergeben.

Das Projekt »Erinnern – inklusiv« hat gezeigt, dass es wichtig und notwendig ist, Gedenkstätten für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen. Es hat nicht nur gezeigt, wie Teilhabe organisiert werden muss, sondern auch, wie bereichernd Teilhabe durch inklusive Kooperation und Kommunikation ist. Inklusion, Teilhabe und Teilgabe bergen vielfältige Chancen einer zutiefst aufmerksamen Kommunikation und des Lernens aus der Geschichte. Durch die Entwicklung und Umsetzung inklusiver Formate in Gedenkstätten können diese historischen Orte der Erinnerung und Bildung für alle Menschen geöffnet werden. Barrieren abzubauen und die bewusste Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen, ist nicht nur ein rechtlicher Auftrag, der sich aus der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention in allen EU-Staaten ergibt, sondern auch eine moralische Verpflichtung, die aus den Verbrechen und dem Unrecht der Vergangenheit erwächst. Nur durch eine inklusive Erinnerungskultur können wir Antworten auf die Frage »Nie wieder was?« finden. Das ist gerade wie fortwährend aktuell.

Constanze Stoll arbeitet seit Oktober 2022 als Referentin für Internationale Historische Projekte bei der IBB gGmbH. Sie ist Slawistin und Historikerin und hat lange Jahre als freiberufliche Facilitatorin und Projektentwicklerin gearbeitet.

- 1 <https://kjp-gedenkstaettenfahrten.de>
- 2 <https://ibb-d.de/erinnern/erinnern-inklusive-unser-deutsch-polnisches-kooperationsprojekt-2023-2024>
- 3 Am 13. Dezember 2006 hat die Generalversammlung das »Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen« (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK) sowie das dazugehörige Zusatzprotokoll angenommen. In Deutschland ist die UN-BRK seit 2009 in Kraft, in der EU seit 2011. Sie umfasst u. a. Barrierefreiheit, persönliche Mobilität, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Rehabilitation, Teilhabe am politischen Leben, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung.
- 4 Zitiert nach Petra Fuchs: *Inklusive Bildungsarbeit in den Gedenkstätten Brandenburg an der Havel. Ein Handbuch*, Brandenburg 2023, S. 64.

Die 59 Teilnehmer*innen der ersten inklusiven Gedenkstättenfahrt ins Museum Stutthof.

© Łukasz Kępski





Matthias Haß

»Nie wieder! Nie wieder was?«

Antisemitismus- und rassismuskritische Ansätze
in der Gedenkstättenpädagogik.
Bericht über das 68. Gedenkstättenseminar

Das 68. Bundesweite Gedenkstättenseminar stand unter dem Titel »Nie wieder! Nie wieder was? – Antisemitismus- und rassismuskritische Ansätze in der Gedenkstättenpädagogik« und fand vom 26. bis zum 28. Juni an der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GHWK), der Stiftung Topographie des Terrors, der Bundeszentrale für politische Bildung sowie vom Arbeitskreis Gedenkstättenpädagogik vorbereitet. Ziel des Seminars war es, antisemitismus- und rassismuskritische Vermittlungsansätze in der pädagogischen Theorie und Praxis in Gedenkstätten vorzustellen und zu diskutieren sowie Akteure in diesem Bereich bundesweit miteinander zu vernetzen.

Die Tagung umfasste verschiedene Formate, darunter eine szenische Lesung, Podiumsdiskussionen, Vorträge, Workshops und Reflexionsrunden. Besonderes Augenmerk galt partizipativen Formaten, die dem kollegialen Austausch untereinander dienten. Das Interesse an dem Programm war groß. Es nahmen insgesamt mehr als 180 Personen an dem Ge-

denkstättenseminar teil, circa 70 Interessierten musste bedauerlicherweise abgesagt werden. Dieses Interesse lag nach Einschätzung der Veranstalter*innen nicht zuletzt an der zunehmenden Relevanz des Themas Antisemitismus nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 (und dem darauffolgenden Krieg in Gaza). Eine Beschäftigung mit erinnerungskulturellen Herausforderungen nach dem 7. Oktober sinnvoll in das bereits in der Planung fortgeschrittene Seminarprogramm zu integrieren, war für das Organisationsteam eine Herausforderung. Unsere Entscheidung fiel dahingehend, einen Vortrag und eine Diskussion zum Thema am Abschlusstag durchzuführen. Dabei spielte die Überlegung eine Rolle, die Grundkonzeption des Seminars nicht zu überlagern und sich aktuellen Debatten und Herausforderungen zu Antisemitismus und Rassismus informierter widmen zu können.

Eine Grundüberlegung des Seminars bestand darin, eine Balance zwischen frontalen und partizipativen Formaten zu finden und Inhalte im Plenum durch Diskussionsformate



in Kleingruppen zu ergänzen. Es sollten Diskussionsräume geschaffen werden, um dem auf früheren Seminaren geäußerten Wunsch nach (mehr) direktem Austausch nachzukommen und auch kontroverse und konfliktreiche Themen in einer produktiven und respektvollen Atmosphäre besprechen zu können. Das bislang eingegangene Feedback lässt vermuten, dass dieses Konzept insgesamt aufgegangen ist, wenn auch in einigen Reflexionsräumen Fragen der individuellen Positionierung gegenüber einem Bezug zur pädagogischen Praxis überwogen. Zudem wurde die insgesamt positive Atmosphäre des Seminars von einigen als zu wenig kontrovers bewertet.

Die positive Grundstimmung lag nicht zuletzt an den räumlichen Gegebenheiten vor Ort. Das kurz zuvor fertiggestellte Seminarhaus der GHWK konnte das erste Mal für eine große Veranstaltung genutzt werden. Der Veranstaltungssaal und die abgetrennten Seminarräume ermöglichten eine gute Seminaratmosphäre. Die Flächen vor dem Seminarhaus standen noch nicht vollständig zur Verfügung, dennoch konnte man im Zusammenspiel von Seminarhaus, Cafeteria, Haupthaus und den nutzbaren Freiflächen dazwischen die Idee eines Campusgeländes spüren.

Tag 1:

Erfahrungen, die uns (heraus-)fordern?

Das Gedenkstättenseminar begann mit einer szenischen Lesung. Ein halbes Jahr vor der Tagung war eine Umfrage unter festen und freien pädagogischen Mitarbeiter*innen von Gedenkstätten über antisemitische und rassistische Vorfälle an ihren Einrichtungen durchgeführt worden. Die Ergebnisse dieser anonymen Umfrage – es wurden vor allem antisemitische Vorkommnisse berichtet – sowie Erfahrungen von Jüdinnen und Juden bei Gedenkstättenbesuchen wurden vom Institut für Neue Soziale Plastik zu einer szenischen Lesung mit dem Titel »Die haben gesagt, ich gehöre nach Sachsenhausen« verarbeitet, die nach der offiziellen Begrüßung den Auftakt des Seminars bildete. Die

Schauspieler*in Anabel Möbius las die Berichte über antisemitische Vorfälle und reflektierte dabei auch ihre eigene Rolle als Jüdin. Das Publikum erhielt für die Lesung schalldichte Kopfhörer, sodass die Wahrnehmung nicht durch äußere Umstände beeinflusst wurde. Durch diese Isoliertheit wurde die Lesung zu einer sehr eindrücklichen, individuellen Erfahrung.

Im Anschluss wurde das Gehörte in insgesamt zehn kleineren Reflexionsrunden diskutiert, wobei Fragen der eigenen Positionierung gegenüber den Themen und der Relevanz für die professionelle Praxis angesprochen wurden. In diesen Runden zeigte sich unter anderem, wie unterschiedlich relevant auf persönlicher, aber auch auf beruflicher Ebene die angesprochenen Themen sind und wie unterschiedlich in den Einrichtungen auf Vorkommnisse reagiert wird. Die Möglichkeit des direkten Austauschs in kleineren Gruppen, die im weiteren Verlauf des Seminars erneut aufgegriffen wurde, bewerteten viele Teilnehmer*innen sehr positiv. Hier gab es die Möglichkeit, miteinander ins intensivere Gespräch zu kommen.

Den Abschluss des ersten Tages bildete eine Podiumsdiskussion mit dem Titel »Antisemitismus und Rassismus. Neue Themen für die Gedenkstätten? – Eine Bestandsaufnahme«, moderiert von Patrick Siegele von ERINNERN: AT. Wolf Kaiser, der als ehemaliger Leiter der Bildungsabteilung das Profil der GHWK über die letzten Jahrzehnte stark geprägt hat, kam zu dem Befund, dass sich die Gedenkstätten über die Thematisierung von historischen Erscheinungsformen des Antisemitismus und das Herstellen von Bezügen in die Gegenwart thematisch gut aufgestellt hätten. Demgegenüber vertraten Cornelia Chmiel von der Freien Universität (FU) Berlin und Freya Kurek von der Universität zu Köln die These, dass es in Bezug auf antisemitismuskritische Ansätze, die immer auch die Aufforderung zur Selbstreflexion beinhalten, bei den Gedenkstätten Handlungsbedarf sowohl im Erkennen als auch im Reagieren auf antisemitische und rassistische Vorfälle gebe. Verena Haug vom Anne Frank Zentrum



ergänzte, dass sich an Lernorten, die sich nicht an historischen Orten befinden, eine umfassendere Beschäftigung mit Antisemitismus und Rassismus eher anbiete, da die historischen Orte als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit immer die eigene Geschichte untersuchten. Die strittigen Positionen hätten durchaus noch schärfer konturiert werden können, und die Nachfrage aus dem Publikum an das Podium, ob es sich denn nun um »neue« Themen für die Gedenkstätten handle, blieb am Ende offen.

Hier wie auch bei den weiteren Tagungseinheiten wurde vor allem über das Thema Antisemitismus gesprochen und weniger über Rassismus. Dies wurde wiederholt moniert. Die Möglichkeit, die Themen Rassismus und Rassismuskritik selbst in die verschiedenen Diskussionsrunden einzubringen, wurde von den Teilnehmenden jedoch nur bedingt genutzt.

Tag 2: Ideologiekritische Perspektiven

Den Auftakt des zweiten Tages bildete ein einführender Vortrag von Deborah Krieg von der Bildungsstätte Anne Frank mit dem Versuch einer Begriffsklärung. Unter dem Titel »Nicht nur

Geschichte. Bildungsarbeit und Sprechen über Ideologien wie Antisemitismus und Rassismus in Gedenkstätten« nahm sie anschaulich eine Differenzierung zwischen den Begriffen Rassismus und Antisemitismus vor. Ihr Vortrag schloss insofern an das Panel des Vorabends an, da eine ihrer Setzungen war, weder Rassismus noch Antisemitismus als rein historisch beschreibbare Phänomene zu definieren.

An dem von Christa Schikorra von der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg moderierten Panel »Antisemitismus- und rassismuskritische Analyse von Ausstellungen an NS-Gedenkstätten« nahmen Matti Traußneck von der Universität Marburg und Friederike Lorenz-Sinai von der Fachhochschule (FH) Potsdam teil. Sie näherten sich dem Thema aus einer Perspektive von außerhalb der Gedenkstätten. In einer gemeinsamen Suchbewegung wurde anschließend diskutiert, welche Ansätze es geben könnte, um auch den Sichtweisen von Menschen, die von Rassismus und Antisemitismus betroffen sind, Raum zu geben – und damit einen wichtigen Aspekt antisemitismus- und rassismuskritischer Arbeit aufzunehmen. Am Beispiel von nach wie vor weitgehend vergessenen Opfer-

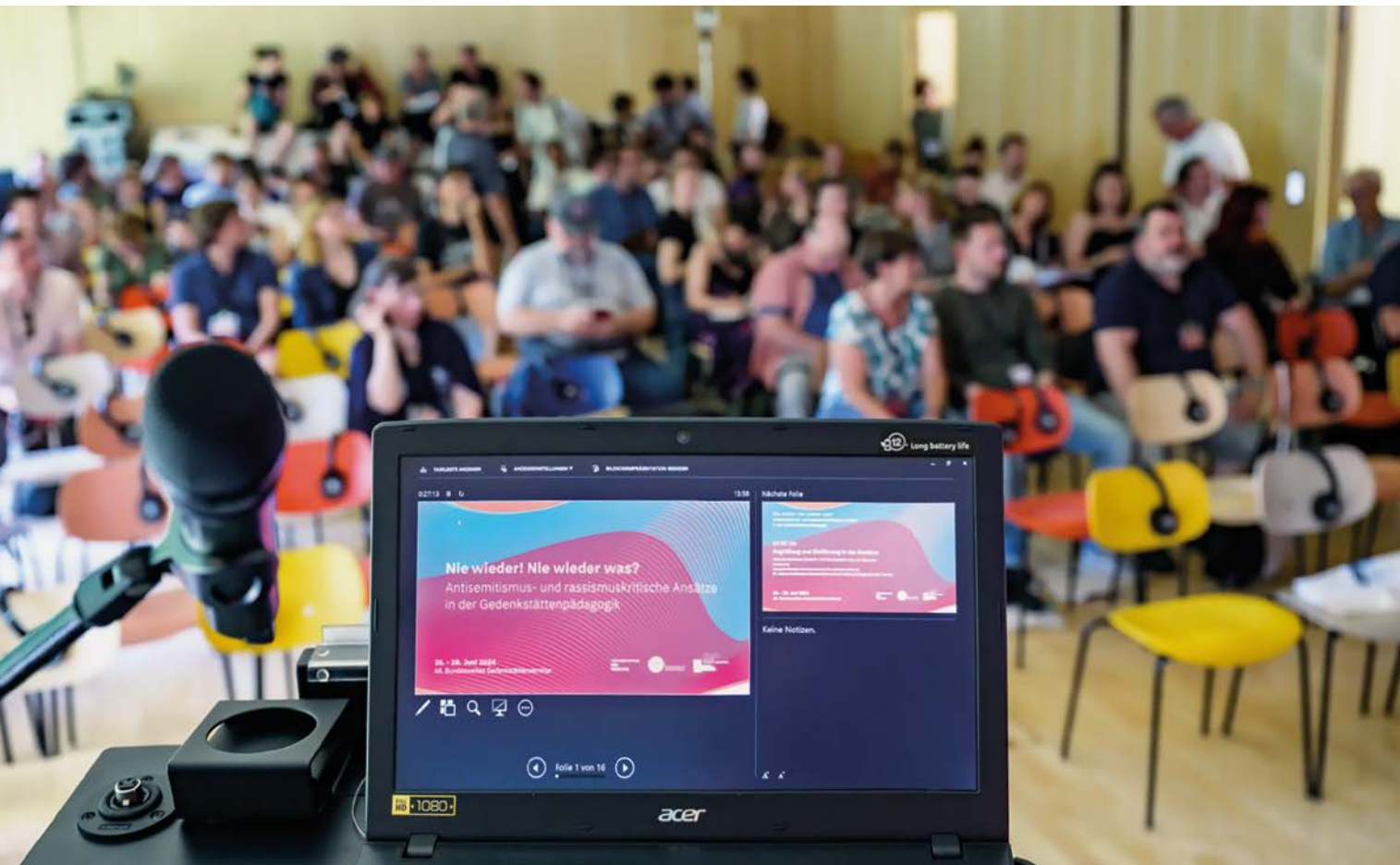
gruppen wie den als »asozial« definierten Menschen kam auch die Schwierigkeit zur Sprache, dass es häufig nur Täterquellen zur Rekonstruktion von Lebenswegen gibt. Das Konzept der »critical fabulation« – einer eher literarischen Annäherung an mögliche Lebensgeschichten – wurde interessiert, aber durchaus skeptisch in die Diskussion eingebracht.

Nach einer erneuten Reflexion in mehreren Kleingruppen über die Formate des Vormittags wurden am Nachmittag fünf Workshops angeboten, in denen verschiedene antisemitismus- und rassismuskritische Bildungsansätze vorgestellt und von den Teilnehmer*innen ausprobiert und diskutiert wurden. Pädagogische Mitarbeiter*innen verschiedener Gedenkstätten moderierten die 90-minütigen Workshops zur antisemitismuskritischen Arbeit an historischen Dokumenten, zur Rolle und Bedeutung der Analyse von Fotografien, zum Umgang mit Sprache, Orten, Ideologiekritik und Reflexion sowie zu anderen Themen.

Susann Lewerenz (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) und Melani Klarić (Bildungskollektiv Gegenargument) boten den Workshop »Trilemma der Inklusion« an, der sich mit dem

Spannungsverhältnis von Dekonstruktion, Normalisierung und Empowerment in der Bildungsarbeit befasste. »Wie liest man das Protokoll der »Wannsee-Konferenz« antisemitismuskritisch?«, fragten und diskutierten Lucas Frings und Deborah Hartmann (beide GHWK). Aya Zarfati und Madlen Seidel (beide GHWK) beschäftigten sich mit Bildern von NS-Deportationen aus dem Projekt #LastSeen und reflektierten, wie man »Antisemitische Kommunikation sichtbar machen« kann. Mit dem Thema »Sprachsensibilität in der Gedenkstättenpädagogik« befassten sich Kerstin Schwenke und Patricia Prieto-Soto (beide KZ-Gedenkstätte Dachau). Und Johannes Bretting und Dennis Forster (beide KZ-Gedenkstätte Flossenbürg) diskutierten in ihrem Workshop Wege »Vom historischen Ort zur ideologiekritischen Bildungsarbeit – aber wie?«.

Die Workshops führten zu intensiven Gesprächen und es zeigte sich, dass hier mehr Zeit hilfreich gewesen wäre. Insbesondere der Austausch zur Übertragung des gerade Erprobten in den eigenen Arbeitsalltag kam zu kurz. Mit persönlichen Reflexionen aus den Workshops wurde der Tag gemeinsam beendet.



Tag 3: Praxis in Gedenkstätten

Am Freitagmorgen fanden sechs »Austauschräume« statt, in denen praxisorientierte Projekte vorgestellt und diskutiert wurden. Thematische Aspekte waren Kooperationen mit anderen Bildungsträgern, Weiterbildungen in Teams, das Herstellen von Gegenwartsbezügen, verflechtungsgeschichtliche Aspekte und die Bedeutung von diversitätssensiblen Handlungsstrategien. Über Interventionen, Kooperationen und teamübergreifende Weiterbildungen diskutierten Verena Bunkus (GHWK), Romina Wiegemann (Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung), Mareike Otters (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen) und Margitta Steinbach (Am-

cha Deutschland e.V.). Holger Obbarius (KZ-Gedenkstätte Buchenwald) und Freya Kurek (Universität zu Köln) sprachen über Formate der Fort- und Weiterbildung wie »Verunsichernde Orte« und Angebote in ländlichen Räumen. Über multiperspektivische und verflechtungsgeschichtliche Projekte berichteten Tanja Lenuweit (Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung), Eyleen Grinda (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) und Ksenia Holzmann (Denkort Bunker Valentin). Mit diversitätssensiblen Handlungsstrategien und Projekten befassten sich Lukas Engelmeier (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten) und Anne Goldenbogen (Bildung in Widerspruch e.V.). Tanja Kinzel (Bundesverband der Recherche-

und Informationsstellen Antisemitismus) und Matthias Müller (Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin) teilten Erfahrungen über Meldestellen und Beratungsstrategien.

Im Gegensatz zu den Workshops ging es hierbei nicht so sehr darum, die vorgestellten Ansätze selbst auszuprobieren, sondern die Erfahrungen und Ansätze anderer Einrichtungen gemeinsam zu erörtern. Ebenso wie die Workshops boten die »Austauschräume« eine gute Gelegenheit, über konkrete Inhalte ins Gespräch zu kommen.

Doron Kiesel vom Zentralrat der Juden in Deutschland gab in seinen Reflexionen zur erinnerungskulturellen Bedeutung des 7. Oktober zum Abschluss einen knappen Überblick über

die besondere Situation jüdischen Lebens nach der Shoah in Deutschland. Er wies auf die große Bedeutung der Gedenkstätten und der in ihnen tätigen Kolleg*innen für Jüdinnen und Juden hin – sie wirkten dem Vergessen direkt entgegen und hätten zusätzlich die Aufgabe, in einer demokratischen Gesellschaft die Wichtigkeit der historischen Verantwortung der deutschen Gesellschaft herauszuarbeiten. Gerade diese zweifache Aufgabe sei nach dem einschneidenden Schock des 7. Oktober, der zu einer großen Verunsicherung von Jüdinnen und Juden geführt habe, von besonderer Wichtigkeit. Die Diskussion mit Doron Kiesel wurde durch eine digitale Befragung von Teilnehmer*innen zur Bedeutung des 7. Oktober gerahmt.



Den Abschluss der Tagung bildete eine gemeinsame Tagungsreflexion mit Wolfgang Schmutz aus Österreich, der als Consultant die Gedenkstätten aus Perspektive eines Freien kennt, und Elke Gryglewski, Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Beide hatten die gesamte Tagung begleitet und waren mit der anspruchsvollen Aufgabe betraut, wesentliche Aspekte noch einmal zusammenzufassen und zu reflektieren. Wolfgang Schmutz griff Fragen des kollegialen Miteinanders und der wenig kontroversen Atmosphäre des Seminars auf. Er wies angesichts der Komplexität der Aufgaben und der schwierigen Themen, mit denen Gedenkstätten konfrontiert sind, darauf hin, dass sich dies auch in den Diskussionen und Gesprächen hätte widerspiegeln müssen. Das Seminar sei insgesamt, so sein Fazit, nicht direkt genug auf die Fragen eingegangen, die sich in der Vermittlungsarbeit stellen. Er verband dies mit dem Appell, kontroverse und konfliktreiche Themen direkt miteinander zu verhandeln.

Elke Gryglewski griff Wolfgang Schmutz' Anmerkungen auf und konstatierte, dass das Seminar mit Blick auf die Themenfelder Rassismus- und Antisemitismuskritik »nicht genug weh getan« habe. Hierbei bezog sie sich sowohl auf die strukturelle Frage, inwieweit Gedenkstätten die gesellschaftliche Diversität abbilden, als auch auf inhaltliche Aspekte, die die Überprüfung von einigen Grundbedingungen der Vermittlungsarbeit erfordern würden.

Beide hoben die kollegiale Atmosphäre der Tagung und die Möglichkeiten des Austauschs hervor und verbanden dies mit der Hoffnung, mutiger miteinander zu sein. Es sei wichtig, die Möglichkeiten, die die bundesweiten Gedenkstättenseminare bieten, zu nutzen, um zentrale Aspekte tiefer zu diskutieren und so die Arbeit insgesamt produktiv weiterzubringen.

Fazit

Abschließend lässt sich feststellen, dass sich die Hoffnungen des Organisationsteams in Bezug auf eine vielfältige Partizipation der Teilnehmer*innen erfüllt haben. Die Möglichkeiten, miteinander in einen kollegialen Austausch zu kommen, wurden gut genutzt. Strittige Themen hätten in diesem Rahmen sicherlich produktiver verhandelt werden können. Allerdings kamen Kontroversen nicht im erwarteten Maß zum Ausdruck.

Viele Themen konnten nicht in der gewünschten Tiefe diskutiert werden. So stellt sich die Frage, ob man weitere inhaltliche Fokussierungen vornehmen soll, um weniger Themen dafür intensiver zu behandeln, oder ob es sinnvoll ist, das Gedenkstättenseminar um einen Tag zu verlängern, um sowohl die Breite der Themen als auch die Tiefe der Diskussionen zu ermöglichen.

Grundsätzliche Fragen nach dem Charakter und der Zielsetzung der bundesweiten Gedenkstättenseminare wurden auch dieses Jahr deutlich: Sie dienen dem kollegialen Austausch untereinander, sollen wichtige inhaltliche Dis-



kussionen anregen und Impulse in die Gedenkstätten geben. Gleichzeitig sollen sie der Vernetzung untereinander Raum geben, Kontroversen aufgreifen und austragen, geschichtspolitische Entwicklungen thematisieren und nicht zuletzt auch die konkrete Praxis der (pädagogischen) Arbeit in Gedenkstätten zur Diskussion stellen. Sie sollen sowohl den großen gesellschaftlichen und strukturellen Kontext der Gedenkstättenarbeit aufzeigen, als auch die konkrete Arbeit praxisnah vor- und zur Diskussion stellen. Allen Ansprüchen und Erwartungen können die Seminare nicht gerecht werden und so bleiben die Möglichkeiten, entweder eine Mischform aus Allgemeinem und Spezifischem, aus kollegialem Austausch und intensiver inhaltlicher Arbeit zu bleiben oder konzeptionelle Schwerpunkte zu setzen, die einzelne Aspekte intensiver behandeln, andere jedoch außen vor lassen.

Die Erfahrungen des Gedenkstättenseminars 2024 und die überwiegend positiven Rückmeldungen lassen vermuten, dass eine Mischform, die verschiedene Erwartungen berücksichtigt, ein guter Kompromiss ist.

Matthias Haß ist stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung Bildung und Forschung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und hat das 68. Gedenkstättenseminar mit vorbereitet und veranstaltet.

Dauerausstellungen

Cottbus
seit Juli 2024

Menschenrechtszentrum Cottbus

Haft, Zwang, Willkür – Vom Jugendgefängnis zum Frauenzuchthaus, 1933 bis 1945

Das Menschenrechtszentrum Cottbus im ehemaligen Zuchthaus der Stadt hat seine Dauerausstellung zur Geschichte der Haftanstalt zwischen 1933 und 1945 überarbeitet. Die Ausstellung beleuchtet anhand ausgewählter Biografien den Strafvollzug in Cottbus, darunter die Geschichte des Jugendgefängnisses (bis 1936), des Frauengefängnisses (1937/38) und schließlich des Frauenzuchthauses (1939–45).
www.menschenrechtszentrum-cottbus.de

Torgau
ab August 2024

Erinnerungsort Torgau

Mut und Ohnmacht

Mit den beiden Militärgefängnissen »Fort Zinna« und »Brückenkopf« sowie dem Reichskriegsgericht, das im August 1943 von Berlin nach Torgau verlegt wurde, entwickelte sich Torgau während des Zweiten Weltkriegs zur Zentrale der Wehrmachtjustiz. Nach Kriegsende richtete die sowjetische Geheimpolizei NKWD 1945 im »Fort Zinna« und in der benachbarten Seydlitz-Kaserne die Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 ein.
www.stsg.de/cms/torgau/startseite

Südbrookmerland
seit Mai 2024

KZ Gedenkstätte Engerhufe

Zwangsarbeit für die Wehrmacht

Die neue Dauerausstellung »Zwangsarbeit für die Wehrmacht« der KZ Gedenkstätte Engerhufe erzählt die Geschichte des Konzentrationslagers Engerhufe. Am historischen Ort im Alten Pfarrhaus, direkt neben dem früheren Lagerareal, wird die Geschichte des KZ-Außenlagers und seine Nachgeschichte erzählt, sowie ein Überblick über weitere bislang wenig bekannte Zwangsarbeitseinsätze für die Wehrmacht auf der ostfriesischen Halbinsel gegeben.
www.gedenkstaette-kz-engerhufe.de

Weimar
seit Mai 2024

Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Die Dauerausstellung zeigt die gesamte Bandbreite der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus und interpretiert sie als rassistisches und weitgehend öffentliches Gesellschaftsverbrechen. Über 60 Fallgeschichten sind dokumentarisch und fotografisch aufbereitet. Besonders im Mittelpunkt stehen die Beziehungen zwischen Deutschen und Zwangsarbeiter:innen und die Handlungsspielräume der betroffenen und beteiligten Menschen.
www.museum-zwangsarbeit.de

Berlin

Museum Treptow-Köpenick

Juni 1933 – Köpenicker Blutwoche

Die Ausstellung in der Gedenkstätte verortet die Ereignisse im überregionalen Kontext der NS-Machteroberung 1933 und zeigt, wie flexibel die Aushandlungsprozesse und Kooperationen zwischen den Gliederungen der NSDAP und den staatlichen Instanzen waren. Zugleich wirkte die Juni-Aktion 1933 als Experimentierfeld für die Genese der Gewalt im Nationalsozialismus.
www.berlin.de/museum-treptow-koepenick/gedenkstaette/artikel.943622.php

Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt

Berlin • 25. September 2024 bis 10. Juni 2025

Reinhard Heydrich (1904–1942) machte im NS-Staat eine steile Karriere. In wenigen Jahren wurde er unter Heinrich Himmler zum mächtigsten Mann im Überwachungs- und Verfolgungsapparat von SS und Polizei. Während des Zweiten Weltkriegs war er maßgeblicher Organisator des Holocaust. Als »Stellvertretender Reichsprotektor« ging er im deutsch besetzten Teil der Tschechoslowakei rigoros gegen den Widerstand vor. Im Juni 1942 starb er an den Folgen eines Attentats in Prag. Das NS-Regime feierte ihn fortan als »Märtyrer«.

Wie verlief Heydrichs Aufstieg im NS-Staat? Was hatte ihn in seinen frühen Jahren geprägt und welche Rolle spielte seine Familie? Wie kam Heydrich in Kontakt mit NSDAP und SS? Welche Personen förderten dort seine Karriere und in welchem Netzwerk agierte er? Welche Rolle hatte Heydrich beim Ausbau des Sicherheitsdiensts der SS und des nationalsozialistischen Polizeiapparats, die schließlich in großen Teilen Europas Terror und Gewalt ausübten? Und was waren die Folgen seiner verbrecherischen Befehle für die Betroffenen der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik?

Diesen Fragen geht die Ausstellung »Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt« nach. Sie endet mit einem Blick auf die Rezeption Heydrichs. Thematisiert werden dabei Bilder und Vorstellungen von seiner Person, die ihren Ursprung in der nationalsozialistischen Propaganda haben, nach 1945 fortgeschrieben oder umgedeutet wurden und teils bis heute wirkmächtig sind.

www.topographie.de/ausstellungen/reinhard-heydrich-karriere-und-gewalt

Begleitprogramm zur Ausstellung

Dienstag, 29. Oktober 2024
19 Uhr

Reinhard Heydrich.

Eine politische Biographie

Vortrag: Prof. Dr. Robert Gerwarth
(Dublin) • auch als Livestream:
www.topographie.de/livestream

Dienstag, 26. November 2024
19 Uhr

Nationalsozialistin, Ehefrau und Witwe: Lina Heydrich (1911–1985)

Vortrag: Prof. Dr. Uwe Danker
(Kronshagen)

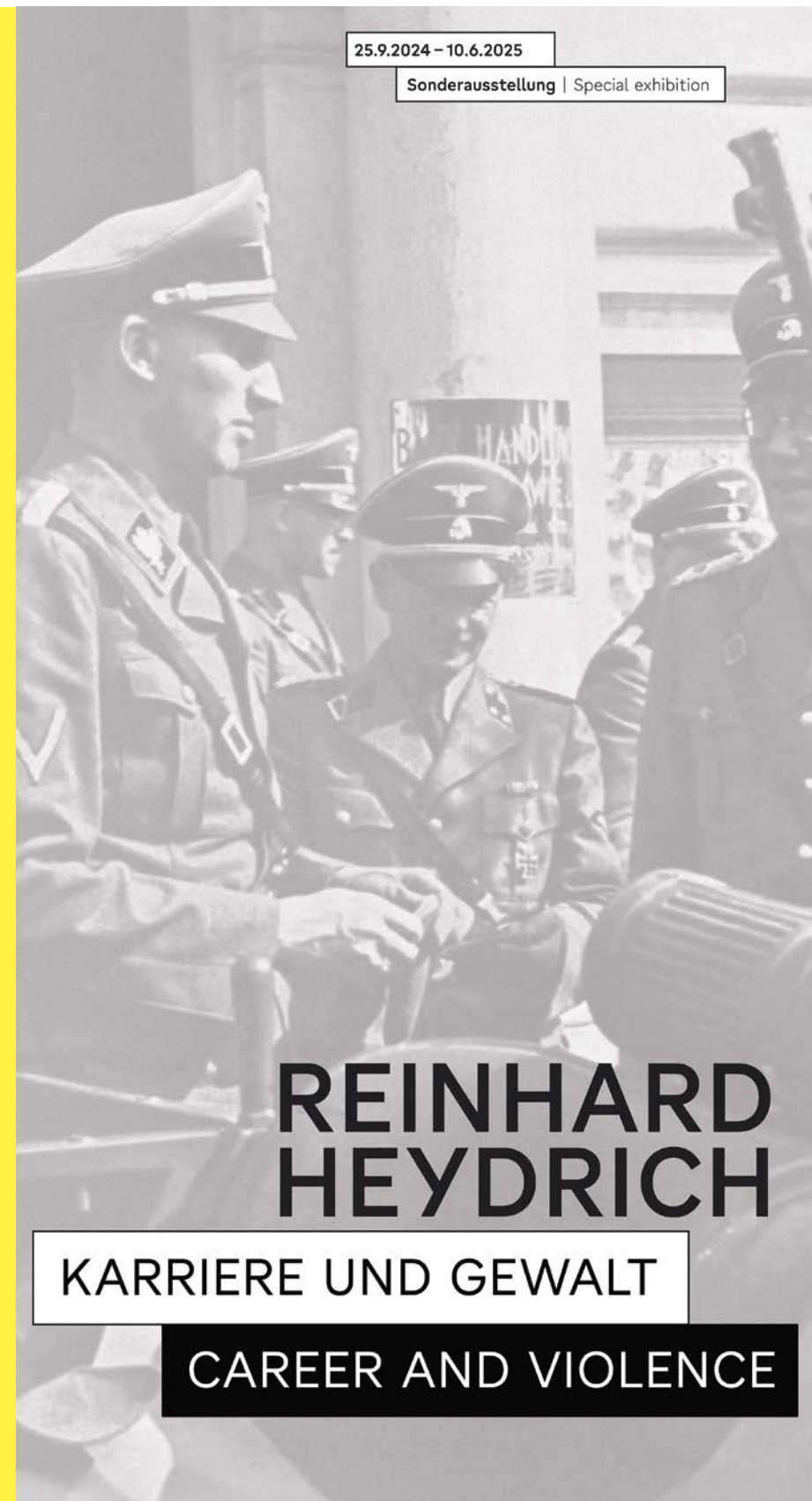
Eine Ausstellung der
Stiftung Topographie des Terrors
im Dokumentationszentrum
Topographie des Terrors,
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin

Die Ausstellung wird in deutscher und
englischer Sprache präsentiert.
Zur Ausstellung erscheint ein zwei-
sprachiger Katalog (Deutsch/Englisch).

Ein sechsteiliges Begleitprogramm
ergänzt und vertieft die Themen der
Ausstellung.

25.9.2024 – 10.6.2025

Sonderausstellung | Special exhibition



REINHARD HEYDRICH

KARRIERE UND GEWALT

CAREER AND VIOLENCE

Sonderausstellungen

Berlin bis 20. Oktober 2024	Spurensuche Demokratie – Im Nationalsozialismus verfolgte Angehörige der Bezirksversammlungen Schöneberg und Tempelhof 1933 bis 1945 Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße www.gedenkort-papestrasse.de
Berlin bis 1. November 2024	Kinder im Exil Werkstatt Exilmuseum www.stiftung-exilmuseum.berlin
Berlin bis 3. November 2024	Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus Gedenkstätte Deutscher Widerstand www.frauen-im-widerstand-33-45.de
Berlin bis 26. Januar 2025	Riss durch Europa. Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts Museum Berlin-Karlshorst www.museum-karlshorst.de
Berlin bis 30. März 2025	Karya 1943 – Zwangsarbeit und Holocaust Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit www.ns-zwangsarbeit.de
Bonn bis 26. Januar 2026	Nach Hitler – Die deutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Haus der Geschichte Bonn www.hdg.de/haus-der-geschichte
Dachau bis 31. Dezember 2024	Dachauer Prozesse – Verbrechen, Verfahren und Verantwortung KZ-Gedenkstätte Dachau www.kz-gedenkstaette-dachau.de
Erfurt bis 12. Januar 2025	Miriams Tagebuch. Die Geschichte der Erfurter Familie Feiner Erinnerungsort Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz www.topfundsoehne.de

Fürstenberg/Havel seit 17. August 2024	»Gespenster« Eine familienhistorische und künstlerische Auseinandersetzung mit Käthe Niederkirchner Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück https://www.ravensbrueck-sbg.de
Köln bis 16. Februar 2025	Kritik im Nationalsozialismus. Kölner Fälle 1934–1944 NS Dok Köln www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum
Loheide bis 15. Dezember 2024	Ein Tatort: Bergen-Belsen Gedenkstätte Bergen-Belsen bergen-belsen.stiftung-ng.de
Oranienburg seit 14. April 2024	»Wir intervenieren«. Kritische Perspektiven auf die Ausstellung »Sinti und Roma im KZ Sachsenhausen« Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen www.sachsenhausen-sbg.de

Leben und Werk des Paul Goesch

bis September 2024 und digital

Der Maler und Architekt ist ein wichtiger Vertreter der modernen Kunst der 1920er Jahre. Aufgrund einer psychischen Erkrankung lebt er viele Jahre in Psychiatrien. Im August 1940 wird er von den Nationalsozialisten im Rahmen der Euthanasie-Verbrechen in Brandenburg an der Havel ermordet.

Die Ausstellung »Ich werde berühmt!« ist ein Gemeinschaftsprojekt der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde und des Stadtmuseums Brandenburg an der Havel. Das Besondere an ihr ist, dass viele verschiedene Menschen aus der Brandenburger Stadtgesellschaft ehrenamtlich an ihr mitgewirkt haben. Uns allen war wichtig, den Blick nicht auf Paul Goeschs Erkrankung und seinen Tod zu verengen. Denn gerade seine Kunst macht es möglich, ihm als Menschen zu begegnen.

Auf dieser Internetseite der Gedenkstätten Brandenburg an der Havel lernt man den Künstler Paul Goesch kennen. Die Ausstellung präsentiert Paul Goeschs Werk vor dem Hintergrund seiner Zeit und thematisiert die Verfolgung psychisch kranker Menschen im Nationalsozialismus. Sie wirft zudem Fragen zur gesellschaftlichen Wahrnehmung psychisch kranker Künstler*innen in der Gegenwart auf.

www.paul-goesch.de

Eine Ausstellung der Gedenkstätte
Opfer der Euthanasie-Morde
Gezeigt im Stadtmuseum im Frey-Haus
Brandenburg an der Havel



Bildungs- und Forschungsportale

Sammlung »Das Vergessene Gedächtnis«

In dem Projekt »Das vergessene Gedächtnis« sammelt ein Team aus Expertinnen und Experten am Dokumentations- und Kulturzentrum Objekte aller Art aus Geschichte und Kultur von Sinti und Roma. Dazu zählen Möbel, Kleidungsstücke, aber auch Dokumente und Fotos aus der NS-Zeit bis heute. Jedes Objekt wird erst nach sorgfältigen Gesprächen mit den Objektgebern aufgenommen und in einer eigens erstellten Datenbank verzeichnet. Videointerviews mit Zeitzeugen und ihren Nachfahren, den »Zweitzeugen«, werfen Schlaglichter auf die Biografien der Menschen hinter den Dingen.

sammlung.sintiundroma.de/sammlung

Bildungsplattform »und heute?«

Der Bildungshub ist eine frei zugängliche Bildungsplattform der Arolsen Archives. Hier findet sich ein wachsendes Angebot digitaler, interaktiver Lernmodule, die sich mit der NS-Geschichte und Fragen gesellschaftlicher Teilhabe und Ausgrenzung seit 1945 beschäftigen. Zielgruppe ist die GenZ, also junge Menschen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden. Junge Lernende haben die Möglichkeit, in einem geschützten Raum allein oder in der Gruppe neue Inhalte zu erkunden.

education.arolsen-archives.org

Portal »Jüdische Geschichte Online«

Das Portal des Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien und des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden bietet eine zweisprachige Plattform zur Suche in verschiedenen digitalen Projekten im Bereich jüdische Geschichte. Die modular aufgebaute Recherche-Plattform analysiert virtuell zusammengeführte Forschungsdaten und dient ihrer nachhaltigen Sicherung. Umfassende Such- und Filtermöglichkeiten, eine gemeinsame Verlinkung und Verschlagwortung machen das möglich und tragen zur Sichtbarkeit der vielfältigen digitalen Angebote bei.

portal.juedische-geschichte-online.net

Departure Neuaubing. Europäische Geschichten der Zwangsarbeit

Das digitale Geschichtsobjekt erzählt von historischen Erfahrungen der NS-Zwangsarbeit in Europa und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart. Die Web-App bringt künstlerische, dokumentarische und interaktive Formate zusammen und betrachtet das Thema Zwangsarbeit aus verschiedenen Perspektiven. Dabei werden erzwungene Migration und Ausbeutung, Verlust und Erinnerung sowie Kontinuitäten und internationale Zusammenhänge thematisiert. Das Kunst- und Vermittlungsprojekt begleitet die Entstehung eines neuen Erinnerungsorts im Münchner Stadtteil Neuaubing.

departure-neuaubing.nsdoku.de

MENORA | Jüdisches Leben in Thüringen

Das Themenportal bietet einen interaktiven Zugang zum vielfältigen jüdischen Erbe und der gelebten jüdischen Kultur der Gegenwart. Die virtuelle Plattform eröffnet ein weites Feld an realem Wissen, das über das jüdische Erbe ebenso wie über aktuelle Ereignisse informiert. Zentrales Element ist eine virtuelle Karte historischer und aktueller Orte und Gebäude.

www.juedisches-leben-thuringen.de

Die Rückkehr der Namen

Mit dem Projekt erinnert der Bayerische Rundfunk mit Unterstützung des Kulturreferats der Landeshauptstadt München an 1.000 Münchner:innen, die während des NS-Regimes verfolgt, entmenslicht und ermordet wurden. Das Projekt möchte eine neue Form des Erinnerns in München initialisieren. Durch die Patenschaft für eine in der NS-Zeit verfolgte Person kann sich jeder Mensch aktiv am Erinnerungsprojekt beteiligen.

www.br.de/rueckkehr-der-namen

Karten und Stadtpläne

Gedenkstättenportal »Memorial Museums«

Das Gedenkstättenportal der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zeigt an exemplarisch ausgewählten Gedenkstätten, Museen und Denkmäler, wie in verschiedenen Ländern Europas der Opfer des Zweiten Weltkrieges, der Verbrechen des Nationalsozialismus und insbesondere der Opfer des Holocaust gedacht wird. Es gibt drei Möglichkeiten nach einem Ort oder einer konkreten Gedenkstätte zu suchen: Über die Europakarte, über den Ortsindex oder über die Suchfunktion. Das seit 2011 verfügbare Portal wurde kürzlich aktualisiert.

www.memorialmuseums.org

Frankfurt History App

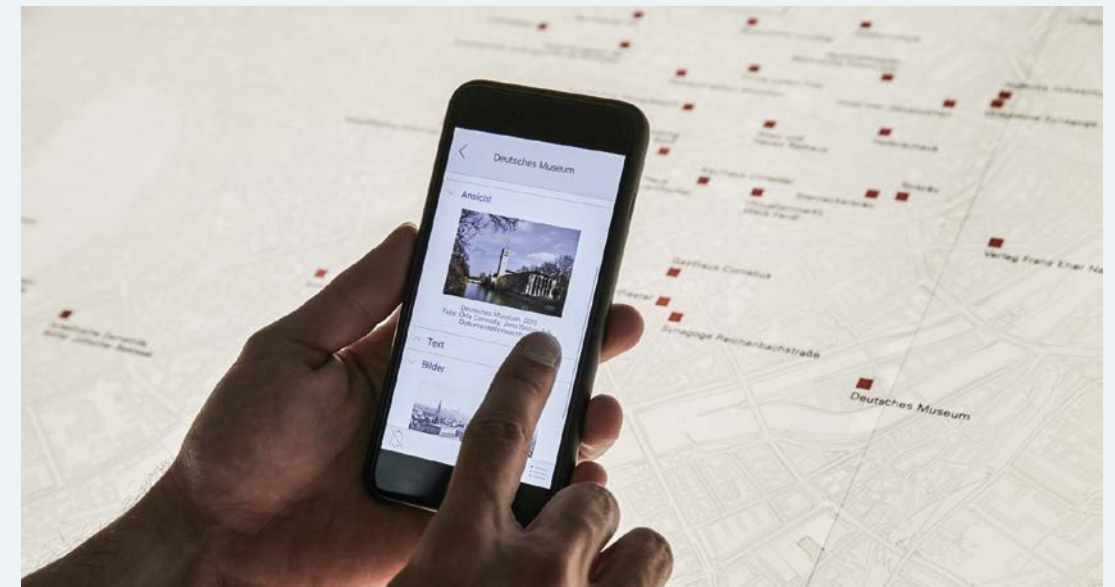
Die Frankfurt History App eröffnet neue Zugänge zu den historischen Spuren der Stadt: Sie verbindet Orte mit persönlichen Geschichten, historischen Aufnahmen, Videoclips und Audio-Rundgängen. Die heutige Stadt ist der Ausgangspunkt, von dem sich Nutzer*innen mit der App aktiv durch die Geschichte navigieren können. Sie bietet geschichtliches Wissen für unterwegs: zur schnellen Erkundung der näheren Umgebung oder für längere Stadtrundgänge. Die App wird vom Historischen Museum Frankfurt betreut und bietet eine offene und nachhaltige Vermittlungs-Plattform für Initiativen, Vereine, Museen und Archive.

frankfurt-und-der-ns.de

München: Orte Erinnern

Die kostenlose Smartphone-App des NS-Dokumentationszentrum München führt zu 120 Orten in München und Umgebung, die einen direkten Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Stadt haben. Die GPS-basierte App bietet vielfältige Hintergrundinformationen zu verschiedenen Orten: Texte, historisches Bild- und Quellenmaterial, Biografien sowie Audio- und Videosequenzen informieren darüber, welche Ereignisse, Funktionen und Personen mit bestimmten Gebäuden und Plätzen verknüpft waren und wie sich diese Orte im Verlauf der Geschichte verändert haben. Die App gibt es auf Deutsch und Englisch, sie verfügt über Online- und Offline-Kartenmaterial und ein Augmented Reality Feature.

www.nsdoku.de/orte-erinnern



Screenshot der Website
Orte Erinnern

© Connolly Weber Photography

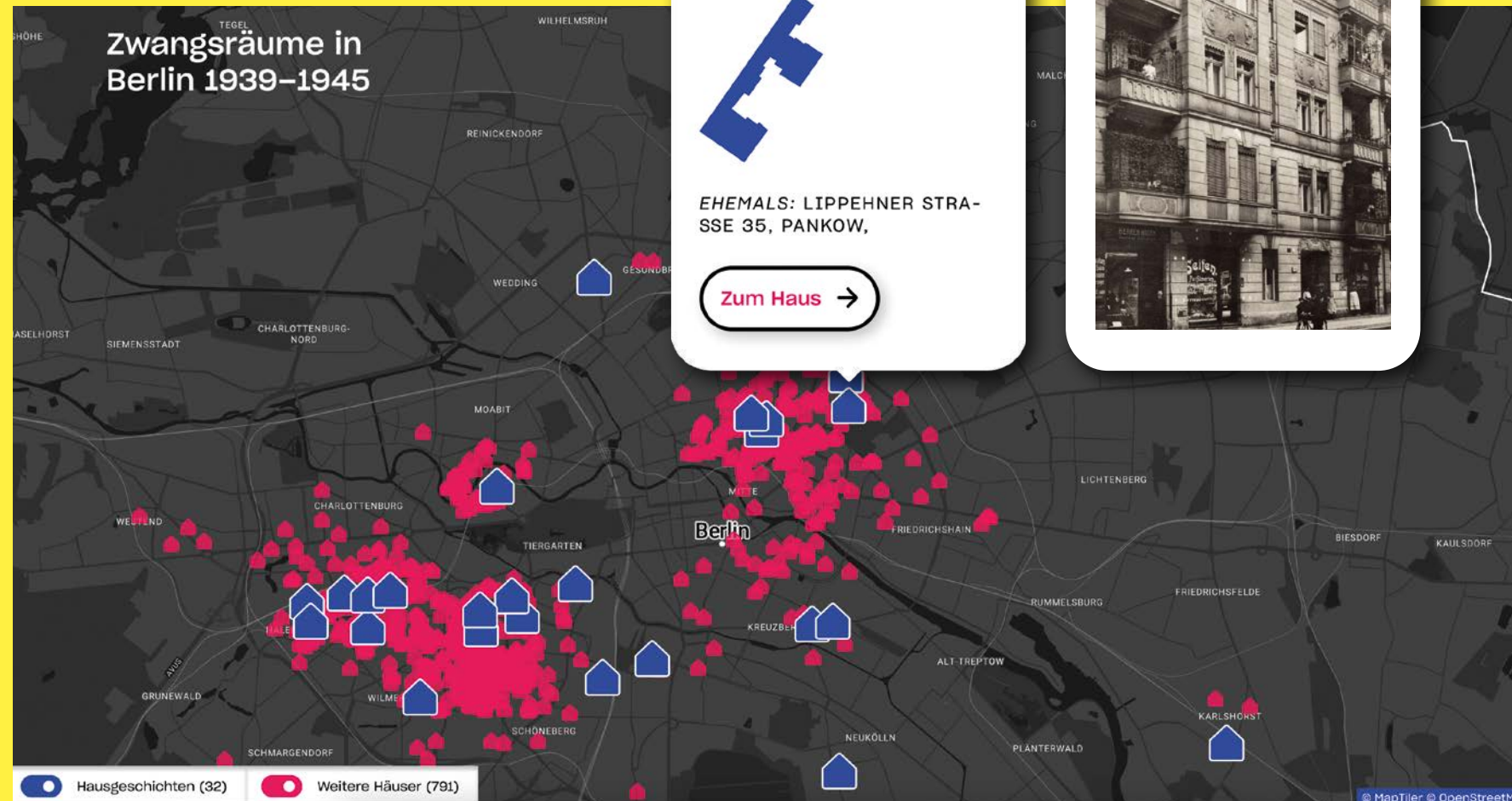
Zwangsräume

Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945

Das digitale Portal des Aktiven Museums erzählt anhand ausgewählter Berliner Hausgeschichten davon, wie die Einweisung in die Zwangswohnungen ablief, unter welchen Bedingungen Jüdinnen/Juden darin lebten und wie die Wohnungen nach den Deportationen aufgelöst wurden.

Ab 1939 musste fast die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Berlins ihre Wohnungen verlassen und umziehen. Die Menschen wurden zur Untermiete in Wohnungen eingewiesen, in denen bereits andere jüdische Mieterinnen und Mieter lebten. Zumeist waren die Zwangswohnungen der letzte Wohnort vor ihrer Deportation und Ermordung. Animierte Karten zeigen die betroffenen Häuser und stellen die Zwangsumzüge der jüdischen Bevölkerung im Stadtgebiet zwischen 1939 und 1945 dar.

www.zwangsräume.berlin



Screenshots der Website
Zwangsräume in Berlin

TOPOGRAPHIE DES TERRORS

www.topographie.de

www.gedenkstättenforum.de

